

Dr. Rudolf Schmidt



Am 9. März 1969 ist der Präsident des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz, Dr. Rudolf Schmidt, im Alter von 64 Jahren unerwartet verstorben.

Dr. Schmidt war seit 1933 im öffentlichen Dienst tätig. Im Jahre 1951 trat er in den Dienst des Bundesministeriums des Innern. 1957 erhielt er den Auftrag zum Aufbau des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz, dessen erster Präsident er am 23. März 1959 wurde.

Während einer Trauerfeier in der Kapelle des Alten Friedhofes in Bonn würdigten Vertreter von Bund und Ländern, von Hilfsorganisationen und Landsmannschaften die Verdienste des Verstorbenen. Für den Bundesminister des Innern hielt Staatssekretär Gumbel eine Ansprache, die hier im vollen Wortlaut wiedergegeben wird:

„Vor etwa 14 Tagen oder vielleicht auch drei Wochen sprach ich mit einem Mitarbeiter darüber, daß der Präsident des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz, Dr. Rudolf Schmidt, in diesem Jahr Abschied von seinem Amt nehmen und sich in den Ruhestand zurückziehen werde. Aus dem Wechsel in einen anderen Lebensabschnitt ist jäh und unverhofft ein Abschied für immer geworden. Wir, die wir mit Dr. Schmidt durch Zusammenarbeit verbunden waren, insbesondere die Angehörigen des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz, stehen bestürzt und voller Trauer an seiner Bahre.

Ich kenne Dr. Schmidt nicht erst seit meiner Zugehörigkeit zum Bundesinnenministerium und damit nicht erst seit gut zwei Jahren. Ich bin ihm schon früher und gerade in der ersten Hälfte der 50er Jahre wiederholt begegnet: ein fertiger Mann, nicht zuletzt auch geprägt und gereift in den schweren Zeiten, die damals hinter uns allen lagen, sehr erfahren im Beruf.

Noch heute loben alte Angehörige des Reichsinnenministeriums seinen Eifer, seine Zuverlässigkeit, seine Tüchtigkeit und seine Intelligenz. In das Reichsinnenministerium ist Dr. Schmidt schon kurz nach seinem Assessorenexamen gekommen. Wer die seinerzeitigen Verhältnisse kennt, weiß, daß das eine Auszeichnung für ihn bedeutet hat.

1937 wurde Dr. Schmidt Landrat in Mansfeld. Ich bin sicher, daß er im Rückblick die Zeit als Landrat als den einen Höhepunkt seines beruflichen Werdegangs bezeichnen würde. Der andere sind die gut zehn Jahre, die er als Präsident an

der Spitze des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz gestanden hat; ein Amt und eine Aufgabe, die höhere Anforderungen nicht nur an die fachlichen Fähigkeiten, sondern auch an die menschlichen Qualitäten stellte. Der Zivilschutz wie die gesamte Zivilverteidigung gehören in dieser Zeit gerade nicht zu den umworbene Arbeitsgebieten. Um so mehr Hingabe, Aufopferungsbereitschaft und Charakterstärke sind von Dr. Schmidt gefordert worden. Er hatte diese Eigenschaften.

Dr. Schmidt war Berliner. Das war nicht unbedingt auf den ersten Blick zu erkennen. Er war ein knorriger Mann, ja er konnte recht unbequem werden. Das paßte anscheinend recht gut zu seiner privaten Liebhaberei, der Jagd. Jäger haben oft anscheinend eine raue Schale. Im Grunde aber sind sie sehr sensible Menschen. Zu ihnen gehörte Dr. Schmidt.

Er war auch ein geselliger Mann. Bei seinen Freunden wird er eine Lücke hinterlassen, wie er sie auch bei uns hinterläßt. Wir werden sehr zusammenrücken müssen, um sie zu schließen.

Das Bundesinnenministerium und das Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz, der Bundesverband für den Selbstschutz und alle übrigen Behörden des Geschäftsbereichs des Bundesinnenministeriums nehmen in dieser Stunde Abschied von dem ersten Präsidenten des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz. Unser Abschied ist Dank, Dank für eine große Lebensleistung. Der Aufbau des Zivilschutzes in der Bundesrepublik wird mit dem Namen Dr. Schmidt untrennbar verbunden sein.

Wir verneigen uns voll Trauer vor Ihnen, gnädige Frau, und den Angehörigen Ihrer Familie. Ich übermittle Ihnen insbesondere die Anteilnahme des Herrn Bundesministers Benda, der sich zur Stunde auf dem Heimweg von einer Auslandsreise befindet.

Von Konrad Adenauer stammen die Worte:

Ich habe den Wunsch, daß später einmal, wenn die Menschen über den Nebel und Staub dieser Zeit hinwegsehen, von mir gesagt werden kann, daß ich meine Pflicht getan habe.

Auch von Dr. Rudolf Schmidt wird gesagt werden können, daß er seine Pflicht getan hat.“

ZB 4'69

Nr. 4 · April 1969 · 14. Jahrgang

Inhalt:

- Seite **II** Dr. Rudolf Schmidt †
- Seite **2** Fried. Walter Dinger gestorben
- Seite **3** Die Krise in der CSSR. Von Claus Dieter Schöttler
- Seite **10** Praxis – Quelle der Erfahrung. Fernmeldezüge üben in Eis und Schnee
- Seite **15** Psychologische Verteidigung als Teil einer „indirekten Strategie“. Von Ministerialrat A. Dedekind, Hannover
- Seite **18** Der Selbstschutz der Bundeswehr. Von Oberst Hans Kersten
- Seite **21** Zahlen sprechen. Bilanz der DLRG
- Seite **22** Katastrophen! Und dann? Analyse eines Begriffs. Mobilisierung von Geist und Technik zur Abwehr und Überwindung von Gefahren und Schäden. Von Oberingenieur Georg Feydt
- Seite **28** Bisher wurde nicht genug getan. Der Bundestag weicht dem Problem des Zivilschutzes aus
- Seite **30** Landesstellen berichten
- Seite **III** Für Sie notiert
- Seite **IV** ZB im Bild



Zu unserem Titelbild: Bei Angriffen auf Wohngebiete gibt es eine große Zahl von Verletzten, Verschütteten und Eingeschlossenen. Wirksame Hilfe wird dann gewährleistet, wenn jeder einzelne weiß, wie er sich zu verhalten hat und über Fachkenntnisse verfügt, um sich selbst zu befreien oder anderen zu helfen. Die Bereitstellung von Geräten, von denen unser Titelbild eine Auswahl zeigt, ist eine weitere wesentliche Voraussetzung für den Erfolg.

Bildgestaltung: Günter Sers

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz, 5 Köln, Eupener Straße 74, Telefon 49 50 71

ZB erscheint monatlich
Chefredakteur:
Dr. Bruno F. Schneider
Redaktion:
Helmut Freutel
Alfred Kirchner
Layout und Grafik:
Hannelore Apitz

Druck, Verlag und Anzeigenverwaltung:
Münchner Buchgewerbehaus GmbH
8 München 13, Schellingstraße 39—41
Telefon 28 50 51, Telex 05-24 368

Anzeigenleiter:
Hans Horsten

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste 4/D

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion
Für unverlangte Beiträge keine Gewähr
Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug,
ist nur mit Quellenangabe und mit
Genehmigung der Redaktion gestattet

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die
Meinung der Verfasser wieder und müssen
nicht unbedingt mit der Auffassung der Redak-
tion übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 1,50 zuzüglich Porto
(Österreich: öS 10,—, Schweiz: Fr. 1,80,
Italien: L 250)

Abonnement vierteljährlich DM 4,50,
jährlich DM 18,—.
Im Bezugspreis von DM 1,50 je Heft
sind 5,5% Mehrwertsteuer enthalten

Die Kündigung eines Abonnements kann nur zum
Schluß eines Kalendervierteljahres erfolgen.
Sie muß bis spätestens an dessen
erstem Tag beim Verlag eingehen.
Bestellungen bei jedem Postamt
oder beim Verlag.



Bekanntmachung gemäß § 8 Ziff. 3 des Gesetzes
über die Presse vom 3. Oktober 1949: Inhaber
und Beteiligungsverhältnisse: Otto Georg Königer,
Verleger, München, 50%; Else Peitz, München,
17,5%; Elisabeth Metzler, St. Quirin, 10,0%; Oskar
Müller, Geschäftsführer, München, 8,2%; Adolf
Müller, Ingenieur, München, 8,1%; Helmut Müller,
Pilot, München, 6,2%.

Fried. Walter Dinger gestorben

* 29. Juni 1907 † 12. März 1969



Mit Bestürzung erhielten wir Kenntnis vom Ableben des früheren Referenten für Öffentlichkeitsarbeit und Chefredakteurs dieser Zeitschrift, Fried. Walter Dinger. Wir betrauern den frühen Tod eines Mannes, der dem Bundesverband für den Selbstschutz während der Jahre des Aufbaues mit der Fülle seiner Kenntnisse und Erfahrungen zur Seite stand.

Fried. Walter Dinger entstammte einer in Solingen alteingesessenen Familie der Stahlwarenbranche. Schon früh wandte er sich dem Journalismus zu. Während zahlreicher Studienreisen und längerer Aufenthalte im Ausland fand er zahlreiche Möglichkeiten, seine Literatur- und Sprachkenntnisse zu vertiefen und sich auch auf vielen anderen Wissensgebieten weiterzubilden. Sein so erworbenes Wissen und Können stellte er immer wieder mit großer Arbeits- und Gestaltungskraft in den Dienst seines Schaffens.

Als nach dem Kriege das Pressewesen in unserem Lande wieder auflebte, hat Fried. Walter Dinger an mehreren Neugründungen im Zeitungs- und Zeitschriftenwesen an maßgebender Stelle mitgewirkt. Alle seine früheren Mitarbeiter schildern ihn als einen Journalisten, der mit der ihm eigenen Initiative und seinem Einfallsreichtum mithalf, viele beliebte Zeitschriften neuen Typs zu prägen.

Ab 1955 widmete sich Fried. Walter Dinger dem Aufbau des Zivilschutzes. Mit Zähigkeit und Geschick arbeitete er mit an der Basis für eine erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit. Auch diese Fachzeitschrift wurde von ihm gegründet. Zehn Jahre lang hatte er an der Entwicklung des Zivilschutzes und insbesondere des Selbstschutzes entscheidenden Anteil.

Auf der Höhe seines Schaffens zwang ihn dann eine schwere Krankheit, vorzeitig in den Ruhestand zu treten. Doch leider waren ihm nach einem arbeitsreichen Leben nur wenige Jahre der Ruhe vergönnt.

Wir trauern mit seinen Angehörigen um einen stets hilfsbereiten, allseits beliebten Menschen.

Wir haben einen Freund verloren.

Nach der Besetzung der Tschechoslowakei am 21. 8. 1968 durch die fünf Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes unter Führung der Sowjetunion wurde die bisherige militärische Kräfteverteilung zwischen Ost und West empfindlich gestört. Die neue wehrpolitische Lage löste innerhalb der NATO-Allianz außer wiederholten Diskussionen auch angemessene Aktionen aus. Die am Rande des NATO-Territoriums liegende Bundesrepublik hat die Entwicklung in der CSSR mit Spannung und Sorgen verfolgt. Häufiger als zuvor wurde daraufhin eine Verstärkung der Verteidigungskräfte gefordert und auf die zwingende Notwendigkeit hingewiesen, Vorbereitungen auf dem Sektor Zivilverteidigung zu treffen. Von führenden Politikern der Bundesrepublik wurde auch nach der Besetzung der CSSR immer wieder versichert, daß sich die Bemühungen nicht darauf beschränken, die bei einem bewaffneten Angriff drohenden Gefahren abzuwehren, sondern daß es der Bundesregierung um die Erhaltung des Friedens in Europa und in der Welt geht.

Diese Friedensbereitschaft der Bundesrepublik Deutschland und ihre Absage an jede Form der Aggression hat ihren Ausdruck in Artikel 26 des Grundgesetzes gefunden, der Handlungen für verfassungswidrig erklärt, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten.

Der nachfolgende Beitrag ruft noch einmal die Ereignisse des August 1968, aber auch ihre Vorgeschichte ins Gedächtnis zurück. Diese Ausarbeitung, die sich sachlich und nüchtern mit der politischen und militärischen Entwicklung einer Krise auseinandersetzt, verdeutlicht aber auch, wie unkalkulierbar politische Vorgänge sein können und wie schnell eine Bevölkerung vor völlig veränderten Lebensbedingungen stehen kann.

Es gibt kein Standardmodell für eine Krise; dieses Beispiel zeigt nur eine der unzähligen Möglichkeiten, wie sich eine Krise entwickeln kann.

Die Redaktion

Die Krise in der

CSSR

Von Klaus Dieter Schöttler



I. Die Vorgeschichte

Die erste tschechische Regierung nach dem 2. Weltkrieg bildete sich am 5. 4. 1945 in Kosice/Krakau unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Zdeněk Fierlinger. Ihr gehörten u. a.

der stellvertretende Ministerpräsident Klement Gottwald, Außenminister Jan Masaryk und Verteidigungsminister Ludvík Svoboda an. Präsident der Republik war Edvard Beneš.

Diese Regierung, zunächst durchaus demokratisch eingestellt und nach Westen orientiert, beabsichtigte sogar, sich dem Marshallplan anzuschließen.

Bei den Wahlen zur Verfassunggebenden Nationalversammlung im Mai 1946 wurden jedoch die Kommunisten mit 38% aller Stimmen zur stärksten Partei des Landes. Der Kommunistenführer Klement Gottwald übernahm die Bildung der Regierung, in der bis 1948 noch Sozialisten und Demokraten vertreten waren. Gottwald verstand es aber, in der Folgezeit die Spitzenstellungen mit Gesinnungsgenossen zu besetzen und innenpolitisch einige Sozialisierungsmaßnahmen durchzusetzen. Die Sozialisten und Demokraten, die sich seinen Reformplänen widersetzen und zudem Innenminister Nosek (KPC) aufforderten, die Unterwanderung des Polizeiapparates – insbesondere der Schlüsselpositionen – durch Kommunisten zu beenden, wurden unter dem Druck von Massendemonstrationen in Prag zum Rücktritt gezwungen. Zur gleichen Zeit kam Außenminister Masaryk, Sohn des ehemaligen Staatspräsidenten, bei einem Fenstersturz, dessen Hintergründe bis heute ungeklärt sind, ums Leben.

Staatspräsident Beneš, der den Übergang der tschechoslowakischen Republik in eine Volksdemokratie kommunistischer Prägung nicht mehr aufzuhalten vermochte, trat am 7. 6. 1948 zurück. Sein Nachfolger wurde Klement Gottwald, Ministerpräsident der Tschechoslowakei wurde der kommunistische Gewerkschaftsführer Zapotocký.

Damit war die CSSR, die Tschechoslowakische Sozialistische Republik, praktisch etabliert, wenn auch die neue Verfassung erst am 11. Juli 1960 feierlich verkündet wurde.

Innerhalb der kommunistischen Führung ist

es seit 1948 wiederholt zu Auseinandersetzungen gekommen. Umfangreiche Säuberungsaktionen, bei denen zahlreiche Funktionäre verhaftet wurden und ihren Einfluß verloren, waren die Folge von Machtkämpfen zwischen der Gottwald-Gruppe und den „Zionisten“ und „Trotzkisten“ um KP-Generalsekretär Slansky.

Auch nach dem Tode Gottwalds und seines Nachfolgers Zapotocký änderte sich unter Antonín Novotný nichts an der moskau-treuen Haltung.

II. Der Demokratisierungsprozeß

Erst Ende des Jahres 1967, nachdem sich liberale Strömungen in der Partei durchzusetzen begannen, trat eine deutliche Abkehr von den Moskauer Prinzipien ein.

Alexander Dubček, Parteisekretär der Slowakei, verlangte auf der Sitzung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei in Prag am 31. 10. 1967 den Rücktritt Novotnýs als Parteisekretär und Staatspräsident.

Damit waren die parteiinternen Auseinandersetzungen zwischen einem orthodoxen und einem progressiven Flügel der KPC offen zutage getreten.

Ausgangspunkt dieses Konfliktes waren einmal die schlechte Wirtschaftslage des Landes und zum anderen die Forderung der Intellektuellen, allen voran der Journalisten, Schriftsteller und Studenten, nach größerer Freiheit im geistigen Bereich.

Während Novotný und seine orthodoxen Anhänger auf einen Verzicht auf Reformen bestanden, warf Dubček Novotný vor, er spiele sich als Diktator auf und sabotiere die Wirtschaftsreformen, die unerlässlich seien, solle das Land nicht innerlich zerrütet werden.

Trotz sowjetischer Intervention zur Stützung Novotnýs als Regierungs- und Parteichef – Parteisekretär Breschnew war eigens dieserhalb nach Prag geflogen – wurde Novotný auf der Plenarsitzung des Zentralkomitees seines Amtes als Erster Sekretär der kommunistischen Partei enthoben. Dubček trat seine Nachfolge an. Wenige Monate später erklärte Novotný unter dem Druck der öffentlichen Meinung auch als Staatspräsident seinen Rücktritt und löste damit eine Lawine weiterer Demissionen von politischen Ämtern aus.

Nummehr erfaßte eine mächtige Erneuerungsbewegung alle Bereiche der Tschechoslowakei. Arbeiter und Studenten forderten Demokratisierung und Ahndung der Verbrechen der Stalinisten. In der Öffentlichkeit trat neben die Parole Sozialismus die Forderung nach Freiheit. Auf der Festsetzung zum 20. Jahrestag der kommunistischen Machtübernahme in Prag erklärte Dubček vor der gesamten Prominenz des Ostblocks:

„Wir müssen alles beseitigen, was zwischen der Partei und der Intelligenz zu Spannungen führt, die mit den Grundsätzen

einer modernen sozialistischen Gesellschaft unvereinbar sind.“

Die Presse begann, sich aus den Fesseln der Zensur zu befreien. Sie berichtete über Verbrechen führender Männer des gestürzten Systems.

Unter den Studenten schwellte Unruhe. Ein „Manifest der Jugend der CSSR“ forderte u. a.:

Demokratisierung des sozialistischen Systems, Respektierung aller menschlichen Rechte und Freiheiten, Redefreiheit, öffentliche Kontrolle aller staatlichen und politischen Institutionen, das Recht auf Versammlungs- und Vereinsfreiheit, Aufhebung aller Formen der Zensur.

Inzwischen hatten die Reformer in Prag weiter an Rückhalt gewonnen.

Das Präsidium der Nationalversammlung der Tschechoslowakei wählte in geheimer Wahl mit 282 von 288 abgegebenen Stimmen General Ludvík Svoboda zum Staatspräsidenten auf fünf Jahre. Svoboda, der in Rußland gegen Deutschland im 2. Weltkrieg gekämpft hatte, „Held der Sowjetunion“ und Inhaber des Leninordens und des Suworow-Ordens ist, genießt in der Sowjetunion hohes Ansehen.

Nach seiner Wahl gab Svoboda jedoch eine Erklärung ab, in der er zwar die Bündnistreue der Tschechoslowakei zur Sowjetunion und zu den anderen sozialistischen Ländern betonte, gleichzeitig aber auch eine freundschaftliche Zusammenarbeit auf den Gebieten der Politik, der Kultur und der Wirtschaft mit Ländern, die andere gesellschaftliche Systeme haben, forderte.

Diese Forderungen wurden von der im März neu gebildeten Regierung lebhaft unterstützt.

Als Hauptpunkte seines Regierungsprogramms kündigte Ministerpräsident Oldřich Černík an:

1. Vollendung der Demokratisierung der Rechte und bürgerlichen Freiheiten;
2. Vollendung der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungen der CSSR;
3. eine aktivere Außenpolitik und die Gewährleistung der Sicherheit des Landes.

III. Die politische Intervention der orthodoxen Ostblockstaaten

Diese Reformbestrebungen blieben nicht ohne Reaktionen der übrigen Ostblockstaaten.

Schon am 23. 3. 1968 mußte sich Parteisekretär Dubček in Dresden zum erstenmal vor den Spitzenfunktionären aus der Sowjetunion, Polen, der DDR, Ungarn und Bulgarien rechtfertigen.

Am 3. Mai 1968 wurde er zusammen mit Ministerpräsident Černík, Parlamentssekretär Smrkovský und Vasil Bilak, dem Ersten

Sekretär der slowakischen KP, für zwei Tage nach Moskau beordert. — Der knappe Wortlaut des Kommuniqués verriet die tiefgreifenden Gegensätze.

Kurze Zeit später begann eine Propagandakampagne gegen die Reformer in Prag. Massive Angriffe wurden vor allem von der Moskauer „Prawda“ unternommen, die die Situation in der CSSR in einem Leitartikel mit der Taktik der konterrevolutionären Elemente in Ungarn verglich. Es handele sich um die Aktivierung und zunehmende Wühltätigkeit der rechten, antisozialistischen Kräfte.

In einem scharfen Artikel der Moskauer Literaturzeitung „Literaturnaja Gaseta“ hieß es:

„In der CSSR herrschen Provokationen, Aufruhr und Konterrevolution.“

Am 8. Mai 1968 berieten in der Konferenz von Moskau die Parteiführer der Sowjetunion, Polens, der DDR, Ungarns und Bulgariens erneut über die Lage in der Tschechoslowakei. Bezeichnenderweise nahmen Rumänien, die CSSR und das auf Peking-Kurs eingeschwenkte Albanien an dieser Konferenz nicht teil.

In Auswirkung der Besprechungen setzte ein verstärkter Druck auf die Prager Regierung ein, der jedoch zu keinen sichtbaren Ergebnissen führte.

Prag suchte sich insbesondere dem Ansinnen zu entziehen, Manöver des Warschauer Paktes in der CSSR durchzuführen. Offenbar befürchtete man, daß die Manövertruppen dort endgültig stationiert werden würden. Im Ergebnis stimmte Prag lediglich der Durchführung von Stabsmanövern ohne die Beteiligung von Volltruppenteilen zu.

Zu diesen Manövern überschritten bereits am 30. Mai 1968 sowjetische Truppen in großer Zahl die tschechoslowakische Grenze und besetzten nach und nach sämtliche Schlüsselpositionen. Sowjetmarschall Jakubowski leitete selbst die Stabsübungen, an denen sowjetische, ungarische, polnische und ostdeutsche Truppen teilnahmen. Das Ende der Manöver wurde zunächst am 1. Juli gemeldet. Jedoch herrschte bis Ende Juli Unsicherheit, ob die Manövertruppen überhaupt abziehen würden.

Das Festhalten der tschechoslowakischen Regierung an ihren Reformplänen führte Anfang Juli 1968 zu massiven Schreiben aus Moskau, Warschau und Ost-Berlin. Da aber der Erfolg dieser Pressionen ausblieb, begann eine Serie von umfangreichen Konferenzen.

In der Konferenz von Warschau (14. bis 15. 7. 1968) erörterten die orthodoxen Staaten des Ostblocks Maßnahmen, die gegen die Tschechoslowakei eingeleitet werden könnten. Die Prager Funktionäre hatten eine Teilnahme abgelehnt, sich jedoch zu zweiseitigen Besprechungen auf tschechoslowakischem Boden bereit erklärt, sobald die ausländischen Truppen abgezogen seien.

Kurz vor der Warschauer Konferenz war Dubcek zum erstenmal in Moskau als Kon-

terrevolutionär bezeichnet worden, und der Brief, den die fünf in Warschau versammelten Parteichefs am 15. Juli 1968 an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei schickten, zeigte mehr als deutlich den Ernst der Lage. Von diesem Zeitpunkt an war die in Prag geforderte Demokratisierung des Kommunismus für Moskau synonym mit Restauration der Bourgeoisie. Von nun an wurde die Erhaltung der sozialistischen Errungenschaften als eine nicht nur die CSSR, sondern alle sozialistischen Staaten betreffende Angelegenheit und als eine gemeinsame Pflicht definiert.

Entscheidend war, daß die fünf Parteichefs in Warschau ihre Bedingungen an Prag als eine Sache hinstellten, deren Erfüllung ihre eigene Verpflichtung sei und für deren Erfüllung sie die „Hilfe von seiten der sozialistischen Bruderländer“ zusagten. Das war die Interventionsdrohung!

Eine weitere Zuspitzung der politischen Lage erfolgte durch das Auffinden einiger amerikanischer Waffen bei Falkenau im Böhmerwald, die nach sowjetischer Version von westdeutschen Agenten dort versteckt worden seien. Diese Behauptung hielt jedoch einer Prüfung nicht stand und wurde daher später fallengelassen.

Wegen dieses Vorfalles und wegen der angeblich vom Westen gesteuerten Veränderung des Kräfteverhältnisses in Europa durch Ablösung der Führungsrolle der kommunistischen Partei alter Prägung in der CSSR und Aufgabe der Leninschen Grundprinzipien der Organisation des Parteilebens, wurde in einer Moskauer Note vom 23. 7. 1968 die Stationierung sowjetischer Truppen an der tschechoslowakischen Westgrenze verlangt.

General Vaclav Prchlik, Leiter der Sicherheitsabteilung in der CSSR, äußerte sich daraufhin besonders kritisch zur Organisation und zum beabsichtigten Vorgehen des Warschauer Paktes und mußte deshalb schließlich aufgrund der heftigen Angriffe der Sowjetpresse geopfert und in die Armee zurückversetzt werden.

Prchlik hatte alle zugänglichen Dokumente über den Warschauer Vertrag gelesen und in keinem eine Bestimmung gefunden, die den übrigen Partnern das Recht zugesteht, auf dem Territorium eines anderen Mitgliedstaates ohne dessen Zustimmung zu verweilen und dadurch dessen Souveränität zu verletzen.

Am 29. Juli 1968 begann die viertägige Konferenz in Cierna nad Tisau (Schwarzau in der Ostslowakei) zwischen den Führern der Sowjetunion und der Tschechoslowakei.

An der Spitze der Delegationen standen auf tschechoslowakischer Seite:

- Parteichef Dubcek,
- Erster Parteisekretär Bilak,
- Ministerpräsident Cernik und
- Parlamentssekretär Smrkovsky;

auf sowjetischer Seite:

- Parteichef Breschnew,

- Ministerpräsident Kossygin und
- Staatspräsident Podgorny.

Am selben Tag veröffentlichte die „Prawda“ einen von 99 Angestellten des Prager Automobilwerks „Praga“ an das sowjetische Volk adressierten Brief, den die Moskauer Führung als einen Ruf um Hilfe gegen Dubcek benutzte. Doch schon einen Tag später distanzieren sich Kommunisten und Gewerkschaftsfunktionäre des Werks von dieser privaten Ansicht einer kleinen Gruppe.

Nach viertägigen Verhandlungen ging die Konferenz in Cierna ergebnislos zu Ende. — Im Abschlußkommuniqué wurde von gegenseitigem Verständnis gesprochen. Außerdem beschloß man die Einberufung einer Konferenz der Kommunistischen Parteien der CSSR, Bulgariens, Ungarns, der DDR, Polens und der Sowjetunion, die am 3. August in Bratislava (Preßburg) stattfinden sollte.

Auf der Konferenz von Bratislava unterrichtete die Prager Parteiführung die kommunistischen „Bruderparteien“ über ihren Kurs und bekräftigte die Solidarität des sowjetischen Lagers.

Im Kommuniqué wurden die „unerschütterliche Treue zum Marxismus-Leninismus“, die „Erziehung der Volksmasse im Geiste der sozialistischen Ideologie“, der „Kampf gegen bürgerliche Ideologien und gegen antisozialistische Kräfte“ und der „Schutz der sozialistischen Errungenschaften“ als eine gemeinsame internationale Pflicht erwähnt.

Dennoch konnte offensichtlich in den wesentlichen Punkten der Konferenz, insbesondere über die Stationierung sowjetischer Truppen in der CSSR, keine Übereinstimmung erzielt werden, wenn auch davon auszugehen ist, daß Zugeständnisse größeren Umfangs von der tschechoslowakischen Regierung, vor allem hinsichtlich einer Aufhebung der Pressefreiheit, gemacht worden sind.

Bei einer Rückbetrachtung erhebt sich die Frage, ob die Führung der CSSR die Formel von der „gemeinsamen internationalen Pflicht der sozialistischen Staaten“ anerkennen durfte, wenn es um die Erhaltung der sozialistischen Errungenschaften oder des Kommunismus überhaupt geht, und ob sie dadurch implizite ein Interventionsrecht mit ausgesprochen hat.

Tatsächlich versuchte nämlich eine TASS-Erklärung später ausdrücklich die Intervention damit zu begründen und zu rechtfertigen, daß Prag die Vereinbarungen von Bratislava verletzt habe.

Anschließend an diese Konferenzserie suchte die CSSR die politische Anlehnung an Jugoslawien und Rumänien.

Fast demonstrativen Charakter hatten die Besuche Titos (9. 8. 1968) und Ceaucescus (15. 8. 1968) in Prag.

Marschall Tito wurde von der Bevölkerung mit großem Jubel begrüßt. Er versicherte der tschechoslowakischen Parteiführung die Sympathie und Unterstützung der ju-



goslawischen Bruderpartei, entzog sich jedoch dem Abschluß eines Beistandspakts.

Auch Partei- und Staatschef Ceaucescu bekannte sich zu Dubcek und seiner Politik und verlieh dem Ausdruck durch die Unterzeichnung eines Freundschaftspakts, in welchem es u. a. hieß:

„Unsere kommunistische Partei und das gesamte rumänische Volk verfolgten und verfolgen mit warmherzigen Sympathien die Bestrebungen der KPC um die Vervollkommnung des gesellschaftlichen und staatlichen Lebens, um die Entfaltung der sozialistischen Demokratie, wie es den Wünschen der Völker ihres Landes entspricht.“

Das Treffen und der Meinungsaustausch, der in diesen Tagen verwirklicht wird, werden eine neue Gelegenheit zur Bestätigung des gemeinsamen Wunsches beider kommunistischer Parteien und Völker sein, auch künftighin zur Einheit der sozialistischen Länder, zum Wachsen des Einflusses des Sozialismus in der Welt, zur Schaffung der internationalen Sicherheit und zur Verteidigung des Friedens beizutragen.“

Normalerweise wäre diese Festigung des Blocksystems von Moskau begrüßt worden. In der gegebenen Situation mußte sie aber als Herausforderung aufgefaßt werden, zumal der Versuch der Reformer, sich mit Ulbricht am 12. 8. 1968 in Marienbad zu arrangieren, gescheitert war.

Die Presse der orthodoxen Staaten des Ostblocks nahm erneut ihre Angriffe gegen „die reaktionären Elemente in der CSSR“ auf und beschuldigte u. a. tschechoslowakische Journalisten, die Freiheit des Wortes – angestiftet durch antisozialistische Kräfte – zu mißbrauchen. In scharfen Kommentaren verlangte die „Prawda“ von der KPC die Verwirklichung der Beschlüsse von Bratislava.

So trieb die Krise dem Höhepunkt zu.

Am 19. 8. 1968 wurde plötzlich und überraschend das Präsidium des Zentralkomitees der KPdSU in Moskau zu einer Sondersitzung einberufen. Parteichef Brezhnev, Staatspräsident Podgorny und Ministerpräsident Kosygin hatten aus diesem Grunde eigens ihre Ferien unterbrochen.

Beschlüsse dieser Sitzung des ZK wurden nicht bekanntgegeben. – Wahrscheinlich ist aber hier nach heftigen Auseinandersetzungen zwischen einem liberalen Flügel und einer konservativen Mehrheit der Ent-

schluß zu einer militärischen Intervention in der CSSR gefaßt worden.

Schon einen Tag später, am 20. 8. 1968, um 23.10 MEZ, begann die militärische Besetzung der Tschechoslowakei.

IV. Die militärische Intervention der orthodoxen Ostblockstaaten

1. Vorbemerkung

Das Interesse der sowjetischen Führung, ein Ausbrechen der Tschechoslowakei aus dem Block der moskautreuen Staaten – notfalls mit Waffengewalt – zu verhindern, geht bereits aus folgenden Tatsachen hervor:

Würde die Tschechoslowakei dem Einfluß Moskaus endgültig entgleiten, so hätte die UdSSR seit 1948 rd. 45% der 122 Millionen Menschen in dem von ihr beherrschten Satellitengürtel wieder verloren.

In Albanien, Rumänien und Jugoslawien leben nämlich insgesamt 40,8 Millionen Einwohner; die CSSR zählt 14,2 Millionen; Polen, Bulgarien, Ungarn und die DDR zusammen zählen 67 Millionen Einwohner.

Von der industriellen Kapazität her ist die CSSR neben der DDR einschließlich einer eigenen Waffenproduktion der wichtigste Handelspartner der UdSSR.

Auch die Streitkräfte der CSSR sind mit 225 000 Mann von beachtlicher Stärke. Sie gliedern sich in 14 Divisionen und eine Luftlandebrigade. Darüber hinaus verfügen sie über 3200 Panzer und 700 Kampf- und Bombenflugzeuge. Daneben existieren noch nennenswerte paramilitärische Verbände.

Geographisch hat das Land gegenüber dem Westen eine strategische Schlüsselstellung.

Neben diesen machtpolitischen Fakten mögen ideologische Gründe eine nicht unerhebliche Rolle für eine militärische Intervention in der CSSR gespielt haben.

2. Die Manöver

Die Frage, wie es möglich war, den erst am Vortag gefaßten Entschluß einer militärischen Intervention so schnell und reibungslos zu realisieren, ist weitgehend mit der Präsenz massierter Streitkräfte, insbesondere sowjetischer Divisionen, in der Nähe der tschechoslowakischen Grenze zu beantworten.

Durch umfangreiche Manöver waren schon lange vor dem Zeitpunkt der Invasion diese Streitkräfte in einen hohen Bereitschaftszustand versetzt worden.

Der Zeitplan der Manöver lief wie folgt ab:

a) 20. 6.–30. 6. 1968 Manöver „Böhmerwald“

Dieses Manöver war als Kommandostabsübung angelegt, die in der CSSR durchgeführt wurde. An dem Manöver waren Stäbe und Truppenteile der CSSR, der Sowjetunion, Polens, Ungarns und der Nationalen

Volksarmee (NVA) beteiligt. Die Übungsaufgabe sah die Absicherung der Westgrenze der Tschechoslowakei gegenüber der Bundesrepublik vor. Im Verlauf der Übung befanden sich vom 30. Mai (Vorkommandos) bis Ende Juli 1968 (Nachkommandos) sowjetischer Truppen in der CSSR, die nur zögernd abgezogen wurden. Eine bessere Vorbereitung für die spätere Invasion war kaum denkbar.

b) Anfang Juli – 21. 7. 1968 Manöver „Nord“

Hierbei handelte es sich um Flotten- und Landmanöver in der Ostsee, an denen Truppenteile der Sowjetunion, Polens und der NVA beteiligt waren.

c) 23. 7.–10. 8. 1968 Manöver „Njemen“

Im Verlauf dieses Manövers wurde eine logistische Großübung sowjetischer, polnischer und NVA-Truppen in den westlichen Militärbezirken der Sowjetunion, aber auch in Polen durchgeführt. Für diese Übung wurden zahlreiche Reservisten in den Westteilen der Sowjetunion mobilisiert.

d) 25. 7.–31. 7. 1968 Manöver „Himmelschild“

Unter dieser Bezeichnung liefen umfangreiche Übungen der Luftstreitkräfte und der Luftverteidigung in der Sowjetunion. Später wurde dieses Manöver auch auf Polen und die DDR ausgedehnt.

e) 11. 8.–20. 8. 1968 Nachrichtenübungen im Süden der SBZ, in Polen und der Westukraine. An diesen Übungen waren ebenfalls Truppen der drei nördlichen Grenz-nachbarn der CSSR beteiligt.

f) 16. 8.–20. 8. 1968 Nachrichtenübungen gleicher Art sowjetisch-ungarischer Truppen in Ungarn.

Mithin ist festzustellen,

– daß alle drei Teilstreitkräfte Heer, Marine, Luftwaffe durch Manöver teils in der CSSR, teils in den benachbarten Grenzräumen einen hohen Bereitschaftsgrad erzielten,

– daß zumindest die Kommandostäbe voll aktiviert wurden und Gelegenheit hatten, in der CSSR selbst einen Monat lang zu operieren,

– daß die gesamte Logistik vom Eisernen Vorhang bis zum Dnjepr mobilisiert war und

– daß als Übung verschleiert auch die gesamte Fernmeldeorganisation aktiviert wurde.

Spätestens um den 25. Juli, also kurz vor der Konferenz von Cierna, waren diese Manöver soweit gediehen, daß die sowjetische Führung jederzeit zum Einsatz der übrigen Truppen übergehen konnte. So vollzog sich unter dem Vorwand von Manövern der größte Aufmarsch seit 1945.

Schon im Juni 1968 hatten die Eisenbahndirektionen der SBZ Anweisung erhalten, sämtliche verfügbaren Tieflader und 60 Lokomotiven für Sondereinsätze bereitzuhalten.

Ab 25. 6. 1968 wurde die Bewachung aller wichtigen Verkehrsobjekte in der DDR durch die Polizei mit Unterstützung von Betriebskampfgruppen vorgenommen, da die NVA keine Kräfte für den Objektschutz verfügbar hatte.

Mitte August erfolgte die Erklärung der südlichen Gebiete Polens und der SBZ zu militärischen Sperrbezirken.

Die Krise kündigte sich an, als die Truppen am 18. August in die Wälder verlegt, die Fahrzeuge aufmunitioniert und betankt wurden.

Am 20. 8. 1968 trat um 21.00 Uhr im gesamten Osten Funkstille ein, auf die dann um 23.10 MEZ die Invasion folgte.

3. Der Ablauf der Invasion

Die Invasion begann mit Luftlandungen in Prag, Budweis, Brünn und Preßburg. Dadurch wurden alle wichtigen Flugplätze besetzt. Luftlandetruppen konnten ausgeladen werden, die zum Teil aus Litauen und Witebsk zugeführt worden waren und teilweise bereits vorher bei Dresden geübt hatten. Die Operationen der Heeresverbände wiesen zwei Hauptstoßrichtungen auf:

— Die erste führte über Karlsbad—Marienbad—Pilsen nach Budweis.

Ziel dieses Stoßes war es, die westliche Grenze der CSSR abzuschirmen;

— die zweite führte über Ostrau—Olmütz—Gottwald nach Brünn.

Sie verfolgte das Ziel, den tschechischen und den slowakischen Teil der CSSR voneinander zu trennen.

Daneben erfolgte ein zangenartiger Einsatz starker Kräfte auf Prag, mit denen die Ausschaltung der Landeshauptstadt bezweckt wurde. Im übrigen wurde das Land auf breiter Front besetzt.

An den Operationen waren beteiligt:

a) vier sowjetische Armeen mit 20—22 Divisionen, darunter zwei Luftlande-Divisionen, nämlich

— die 1. Garde-Panzerarmee aus der DDR,

— die 20. Garde-Armee aus der DDR (später ersetzt durch die 38.),

— eine Armee aus den Karpaten,

— eine Armee aus Ungarn,

b) eine polnische Armee mit etwa 4 Divisionen, darunter eine Luftlande-Division,

c) zwei ostdeutsche Divisionen, nämlich

— die 11. Motor. Schützendivision,

— die 7. Panzerdivision,

d) zwei verstärkte ungarische Regimenter,

e) ein bulgarisches Regiment.

Insgesamt wurden gegen die Tschechoslowakei etwa 27 Divisionen des Warschauer Paktes eingesetzt, davon 20 sowjetische. Außerdem waren die 24. sowjetische Luftarmee aus der SBZ und Teile der 37. Luftarmee aus Polen beteiligt.

Die Invasion wurde von dem sowjetischen Armeegeneral Pawlowsky mit einem offen-

bar eigens für diesen Zweck gebildeten Oberkommando geleitet. Dieses Oberkommando unterstand unmittelbar dem Oberbefehlshaber der Warschauer-Pakt-Streitkräfte Marschall Jakubowsky.

Alle wichtigen Punkte des Landes wurden bis zum 21. 8. 1968 vormittags besetzt.

V. Die weitere Entwicklung der Krise in der CSSR

1. Rechtfertigungsversuche

Die einhellige Empörung, mit der die Weltöffentlichkeit auf den Einmarsch der verbündeten Truppen in die CSSR reagierte, veranlaßte die politisch Verantwortlichen in Moskau, unverzüglich ihr Vorgehen zu rechtfertigen.

Die sowjetische Nachrichtenagentur TASS gab noch am 21. August 1968 eine Erklärung ab, in der es hieß, daß sowjetische, bulgarische, polnische, ungarische und ostdeutsche Militäreinheiten das Territorium der CSSR betreten hätten, „um die Gefahr für die Errungenschaften des Sozialismus in der Tschechoslowakei, die Gefahr für die Sicherheit der Länder der sozialistischen Gemeinschaft zu beseitigen“.

Persönlichkeiten der tschechoslowakischen Partei und des tschechoslowakischen Staates hätten sich an die Sowjetunion und die anderen verbündeten Staaten mit der Bitte gewandt, dem tschechoslowakischen Brudervolk dringende Hilfe, einschließlich der Hilfe durch bewaffnete Kräfte, zu gewähren. Zur gleichen Zeit wurden in Warschau und Sofia ähnlich lautende Erklärungen veröffentlicht.

Auch die Verlautbarungen Ost-Berlins über die bewaffnete Invasion bezogen sich auf das angebliche Hilfeersuchen, enthielten aber zudem noch persönliche Angriffe gegen Parteichef Dubcek.

Der auf den anonymen tschechoslowakischen Appell gestützte Rechtfertigungsgrund ließ sich indes schon nach kurzer Zeit nicht aufrechterhalten.

Denn obwohl durch die Verhaftung der maßgeblichen tschechoslowakischen Spitzenfunktionäre günstige Voraussetzungen geschaffen worden waren, scheiterte der Versuch, eine Kollaborationsregierung zu bilden, an der festen Haltung der Regierung und der Bevölkerung, die geschlossen hinter ihren Reformpolitikern standen.

Noch in den späten Nachmittagsstunden des 21. August trat die Prager Regierung in Abwesenheit ihres Vorsitzenden Ministerpräsidenten Cernik und dessen Vizepräsidenten zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen. In der im Anschluß an diese Sitzung veröffentlichten Erklärung hieß es u. a.:

„Wir fordern den sofortigen Abzug der Besatzungstruppen und die Respektierung unserer Souveränität sowie die sofortige Freilassung der tschechoslowakischen Führer. Wir fordern die Regierungen der fünf sozia-

listischen Länder auf, Befehl zu geben, die gegen unser Land ausgeführten militärischen Akte einzustellen.“

Ebenfalls in einer außerordentlichen Plenarsitzung hieß die tschechoslowakische Nationalversammlung eine Sechs-Punkte-Resolution folgenden Inhalts gut:

„1. Die Invasion stellt eine Verletzung des Völkerrechts, der Bestimmung des Warschauer Paktes und des Grundsatzes der Gleichberechtigung unter Staaten dar.

2. Die verfassungsmäßig eingesetzten Führer: Präsident Svoboda, Parlamentspräsident Smrkovsky, Parteichef Dubcek, Vorsitzender der Nationalen Front Kriegel und Vorsitzender des tschechischen Nationalrats Cisar müssen sofort freigelassen werden und ihre Funktionen wieder aufnehmen.

3. Das Parlament protestiert dagegen, daß ihm die Ausübung seiner vollen Rechte verunmöglicht wird.

4. Die Besatzungstruppen sollen sich sofort zurückziehen, und die tschechoslowakische Souveränität soll wieder voll respektiert werden.

5. Eine Delegation wird ernannt, um beim sowjetischen Botschafter die Freilassung der genannten Politiker zu erwirken und gleichzeitig die Verbindung mit den Inhaftierten aufzunehmen.

6. Die Bevölkerung wird zur Ruhe aufgerufen. Jegliche Gewaltanwendung ist zu unterlassen. Provokationen sind zu vermeiden.“

Zur gleichen Zeit setzte der Widerstand der Bevölkerung gegen die fremde Besatzung ein.

Namentlich in größeren Städten behinderte die Bevölkerung die einmarschierenden Truppen durch Errichten von Panzersperren, Sitzstreiks, Entfernen von Wegweisern und Straßenschildern, Inbrandsetzen von Militärfahrzeugen und Verweigerung von Lebensmitteln und Unterkunft. Darüber hinaus versuchten sie, die Besatzungssoldaten in Diskussionen zu verstricken und ihnen dabei das Unrecht der Invasion vor Augen zu führen.

Geleitet wurde der Widerstand weitgehend von einer Anzahl Geheimsender und durch Presseerzeugnisse, die der Bevölkerung Anweisungen erteilten und das Ausland laufend orientierten. Infolge des einmütigen Widerstandes der großen Mehrheit des tschechoslowakischen Volkes und seiner politischen Führer war die These vom „Hilferuf an die Bruderländer“ für alle Welt unglaubwürdig, zumal sich die Autoren nicht ermitteln ließen. So dementierte Präsidiumsmitglied Barbirek über eine freie Radiostation ausdrücklich, daß er mit dem ihm angelasteten angeblichen Hilfesuch in irgendeiner Verbindung gestanden habe.

Bereits drei Tage nach dem Einmarsch war deshalb in der „Prawda“ zu lesen, die fünf Warschauer Paktmächte hätten beschlossen, gegen die Konterrevolution in der CSSR vorzugehen. Bei den Beratungen in



Cierna und Bratislava habe die Delegation der KPC mit den Vertretern der Bruderparteien feste Vereinbarungen getroffen. Darin hätte sich die Delegation der KPC verpflichtet „unverzüglich die politische Leitung von Presse, Rundfunk und Fernsehen im Geiste des Sozialismus zu sichern, ohne Verzögerung ein Gesetz zur Unterbindung der Tätigkeit der antisozialistischen Klubs, Parteien und Organisationen zu erlassen sowie auch die notwendigen Garantien für einen konsequenten, den Lebensinteressen der CSSR dienenden Kurs in der Partei- und Staatsführung zu schaffen“.

Leider habe eine Gruppe im Präsidium des ZK der KPC mit Alexander Dubcek an der Spitze die Durchführung der eingegangenen Vereinbarungen nicht nur nicht in Angriff genommen, sondern ihren „Rechtskurs“ sogar verstärkt. Die Dubcek-Gruppe habe die getroffenen Vereinbarungen vor den Mitgliedern der KPC und vor dem tschechoslowakischen Volk verheimlicht. Sie habe öffentliche Zustimmung zu den Beschlüssen von Bratislava geheuchelt und ließe gleichzeitig zu, daß die antisozialistischen Kräfte eine heimtückische Kampagne gegen die Ergebnisse der Beratung von Bratislava führten.

Die Invasion sei nunmehr notwendig geworden, nachdem durch den verschärften „Rechtskurs“ dieser Gruppe und durch die erhöhte Aktivität der antisozialistischen Kräfte eine akute politische Krise in der CSSR ausgelöst worden sei.

2. Abschirmung gegenüber den NATO-Staaten

Noch während der Besetzung der CSSR traf der sowjetische Botschafter in der Bundesrepublik, Semjon Zarakin, zu einer Unterredung mit Bundeskanzler Kiesinger zusammen, in deren Verlauf er einer amtlichen Erklärung zufolge ausführte, der Einmarsch sowjetischer Truppen und anderer Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei sei auf Ersuchen der tschechoslowakischen Regierung erfolgt. Er betonte, die Intervention richte sich allein gegen die CSSR, bedeute keine Bedrohung anderer Staaten und solle auch den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik keinen Schaden zufügen.

Ähnlich lautende Erklärungen ließ die UdSSR auch in anderen NATO-Staaten abgeben.

Wegen der Begrenzung der Aktion verhielten sich die Mitgliedstaaten der NATO zurückhaltend.

Weder militärische noch zivile Alarmstufen wurden ausgelöst, und nur wenige Vorsichtsmaßnahmen, wie z. B. erhöhte Dienstbereitschaft, Ausgangssperren, verstärkte Nachrichtengewinnung und Streifendienste an der Grenze, wurden von den in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen und den zuständigen Dienststellen getroffen.

3. Verhandlungen

Das Scheitern der sowjetischen Bemühungen um die Errichtung einer Kollaborationsregierung in der CSSR und das Interesse der Invasoren, kein Besatzungsregime einzusetzen, führten schließlich zu einer Reihe von Verhandlungen mit den bisherigen tschechoslowakischen Führern.

Sie begannen auf Ersuchen des Staatspräsidenten Svoboda am 23.8.1968 in Moskau. Schon einen Tag später unterrichtete Svoboda die tschechoslowakische Bevölkerung in einer Grußbotschaft aus Moskau davon, daß auf sein Drängen hin auch die zeitweilig inhaftierten,

- Parteichef Dubcek,
 - Ministerpräsident Cernik und
 - der Vorsitzende der Nationalversammlung Smrkovsky zu den Gesprächen hinzugezogen worden seien.
- Von sowjetischer Seite nahmen an diesen bis zum 26. 8. 1968 dauernden Verhandlungen u. a. teil:
- der Generalsekretär des ZK der KPdSU Breschnew,
 - der Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR Kossygin,
 - der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR Podgorny.

Am 27. 8. 1968 wurde über das Ergebnis der Verhandlungen ein Kommuniqué veröffentlicht, in welchem unter der Voraussetzung einer „Normalisierung der Lage in der CSSR“ der schrittweise Abzug der ausländischen Truppen in Aussicht genommen wurde. Insbesondere wurde betont, daß es darauf ankomme, die in Cierna nad Tisou gefaßten gemeinsamen Beschlüsse und die auf der Beratung von Bratislava formulierten Leitsätze und Prinzipien zu verwirklichen sowie die praktischen Schritte konsequent in die Tat umzusetzen.

Das Ergebnis der Moskauer Verhandlungen stieß in weiten Kreisen der tschechoslowakischen Bevölkerung auf Ablehnung. Dennoch konzentrierte die tschechoslowakische Staats- und Parteiführung ihre Bemühungen darauf, die Lage im Lande entsprechend den sowjetisch-tschechoslowakischen Vereinbarungen zu normalisieren.

Auf einer eintägigen Sitzung unterstrich Parteichef Dubcek, daß die in Moskau eingegangenen Verpflichtungen in jeder Weise erfüllt werden müßten und nannte als vorrangig:

- die Wiederherstellung „der Autorität und der Funktionsfähigkeit“ aller Staats-, Partei- und gesellschaftlichen Organe,

- die Einführung einer vorläufigen Pressezensur,
- das gesetzliche Verbot der Aktivität jener politischen Organisationen, „die gegen die sozialistischen Prinzipien sind“ und
- die Verhinderung des Entstehens neuer politischer Parteien.

Als weitere Auswirkung der Beschlüsse von Moskau erfolgten einige personelle Umsetzungen. So wurden

- der stellvertretende Ministerpräsident Ota Sik,
- Außenminister Hajek,
- Innenminister Pavel,
- der Vorsitzende des ZK der Nationalen Front Kriegel und
- der Vorsitzende des Tschechischen Nationalrats Cisar sowie führende Persönlichkeiten der Massenmedien, u. a. der Chefredakteur der „Rude Pravo“ Svestka und der Generaldirektor der amtlichen Nachrichtenagentur CTK, Sulek, abgelöst.

Die sowjetische Regierung war jedoch mit dem Umfang und Tempo der in Angriff genommenen praktischen Maßnahmen, die sich aus den Moskauer Protokollen ergaben, nicht einverstanden und entsandte am 6. September den stellvertretenden Außenminister Kusnezow nach Prag. Kusnezow führte in der Folgezeit wiederholt mit den führenden Persönlichkeiten des Landes vertrauliche Gespräche und betonte, daß an erster Stelle die vereinbarten „praktischen Maßnahmen“ in der Tschechoslowakei realisiert werden müßten. Er forderte im Namen seiner Regierung an Stelle bloßer Worte zur Beschleunigung des Normalisierungsprozesses konkrete Taten.

Weitere Konferenzen fanden im gleichen Monat in Moskau über Fragen einer intensiveren wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern statt.

Am 16.10.1968 wurde schließlich zwischen den Regierungen der UdSSR und CSSR ein Vertrag über die „Bedingungen für den zeitweiligen Aufenthalt sowjetischer Truppen auf dem Territorium der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik“ abgeschlossen.

Als Begründung für die Stationierung sowjetischer Truppen wurden in dem Vertrag lediglich „sich verstärkende revanchistische Bestrebungen der westdeutschen militaristischen Kräfte“ genannt. In dem Truppenstationierungsvertrag wurde ferner festgestellt, daß sich die sowjetischen Streitkräfte nicht in die inneren Angelegenheiten der CSSR einzumischen haben. Ihre zahlenmäßige Stärke wurde Gegenstand weiterer Vereinbarungen zwischen beiden Regierungen und geheimgehalten. Ferner wurde in dem Vertrag bestimmt, daß die restlichen sowjetischen Einheiten sowie Truppen der anderen Interventionsmächte innerhalb von zwei Monaten abgezogen werden sollten.

4. Restriktionen

Aus den Ereignissen der letzten Monate ergibt sich, daß kein Zweifel daran bestehen

kann, daß die weitere Entwicklung in der CSSR in der von der Sowjetunion gewünschten Richtung verläuft. Das ist aus der Sicht der Sowjets schon deshalb notwendig, weil ihre machtpolitischen Interessen den Erhalt des monolithischen Staatenblocks „Warschauer Pakt“ verlangen. Die Sowjetunion wird deshalb immer bemüht sein, jedes Abweichen eines Staates des Ostblocks vom russisch-sowjetischen Vorbild zu unterbinden.

Zu den restriktiven Maßnahmen, die auf Geheiß der UdSSR von der tschechoslowakischen Regierung ergriffen wurden, gehört vor allem die Aufhebung der Pressefreiheit. So wurden neben der Ablösung führender Persönlichkeiten von Presse, Funk und Fernsehen wegen freier Berichterstattung das Wochenorgan des Journalistenverbandes „Reportér“ mit einem einmonatlichen Erscheinungsverbot belegt und das vom Zentralkomitee herausgegebene Wochenblatt „Politika“ unbefristet verboten.

Um die gleiche Zeit wurden einige westliche Korrespondenten und Kameraleute des Landes verwiesen.

Auch außerhalb des Pressewesens zeigten sich Symptome für ein weiteres Abweichen vom Reformprogramm. So beschloß die Regierung der CSSR auf ihrer Sitzung vom 24. 10. 1968, daß einstweilen die Bemühungen um die Bildung von Arbeiterräten einzustellen seien und kam damit einem dringenden Wunsch der Besatzung nach, die gegen jede Form der Mitsprache von Nichtfunktionären ein großes Mißtrauen hegte.

Die tschechoslowakische Regierung sah sich auch gezwungen, die Reisefreiheit – eine der augenfälligsten Errungenschaften der Reformen – zu beschränken.

Ausreisegenehmigungen werden heute nur von Fall zu Fall erteilt und bedürfen der Fürsprache der vorgesetzten Dienststelle eines Antragstellers. Personen, die im westlichen Ausland eine Arbeit aufnehmen oder private Studien treiben wollen, wird die Ausreise generell verwehrt.

Durch die Unterstützung, die den linientreuen Kommunisten in der CSSR von seiten der Interventen zuteil wird, wächst deren Macht in zunehmendem Maße. Das führte in letzter Zeit zu weiteren Rücktritten erklärter Reformpolitiker.

Die gegen den Reformflügel innerhalb der Führung wie auch der Gesamtpartei gerichtete machtpolitisch bedeutsame Opposition wird von dem durch die Besatzungsmächte geförderten Politiker Lubomir Strougal angeführt.

Strougals Aufstieg geht auf Kosten Alexander Dubceks. Denn Strougal war es, der es gewagt hatte, das Aktionsprogramm der Reformer massiv anzugreifen, obwohl Dubcek zuvor in einer Rede vor dem Zentralkomitee ausdrücklich daran festgehalten hatte.

Das Abrücken vom Aktionsprogramm bedeutet aber auf längere Sicht die „Normalisierung“ der Lage gemäß den Vorstellungen der Interventen.

VI. Wertung der Krise hinsichtlich der veränderten militärischen Lage in Mitteleuropa

Die Besetzung der Tschechoslowakei am 21. 8. 1968 durch die fünf Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes unter Führung der Sowjetunion als Höhepunkt der Krise hat die bisherige militärische Kräfteverteilung zwischen Ost und West empfindlich gestört. Die militärische Lage hat sich erheblich zugunsten des Warschauer Paktes verändert.

Bis zum Tage der Invasion standen im strategisch wichtigen Raum der CSSR weder sowjetrussische noch andere fremde Truppen.

Seitdem liegen sowjetische Streitkräfte in der Nähe der österreichischen und deutschen Grenze. Es handelt sich bei diesen Truppen um gut ausgerüstete, von eingespielten Stäben geführte Verbände. Die Luftstreitkräfte der Invasoren verfügen zudem über die tschechoslowakischen Flugplätze, so daß die taktische Luftwaffe der Sowjetarmee bis nach Westeuropa zu operieren vermag. Darüber hinaus ist bekannt, daß die Sowjetführung für die in der CSSR eingerückten Verbände aus dem Innern Rußlands neue Divisionen in die grenznahen Räume herangeholt hat und eine umfangreiche logistische Versorgungskette und Fernmeldeorganisation aufgebaut worden ist.

Der amerikanische Präsident Johnson beurteilte diese Situation daher mit den Worten: „Der Status quo ist aus dem Gleichgewicht geraten“, und General Lemnitzer stellte fest, „der Osten ist nunmehr in der Lage, aus dem Stande anzugreifen.“

In Zahlen ausgedrückt, ergibt sich folgendes Bild:

Im Frühjahr 1968 standen 67 Divisionen des Warschauer Paktes außerhalb der Sowjetunion, davon 10 in Ungarn.

Von den verbleibenden 57 Divisionen in Mitteleuropa waren 22 sowjetische Divisionen in der DDR und in Polen stationiert.

Im September 1968 standen 70 Divisionen – nicht gerechnet 14 Divisionen der CSSR – des Warschauer Paktes außerhalb der Sowjetunion, davon aber nur 6 in Ungarn.

Von den restlichen 64 Divisionen in Mitteleuropa waren allein 41 sowjetische Divisionen in der DDR, der CSSR und Polen stationiert.

Mithin befanden sich nach der tschechoslowakischen Krise allein 15–20 sowjetische Divisionen mehr in westlichen Räumen, vorwiegend in der CSSR.

Schon aus diesen Zahlen des militärischen Machtpotentials der Warschauer-Pakt-Staaten entlang ihrer Westgrenze ergibt sich für die westliche Welt die höchst empfindliche Schrumpfung der Vorwarnzeit und damit für die NATO-Staaten das besondere Interesse am Abzug sowjetischer Großverbände aus der CSSR.

Aber selbst wenn sich ein Großteil der sowjetischen Besatzung zurückzieht, bleibt

die Frage offen, ob sich tatsächlich die wehrpolitische Lage für die NATO-Allianz wesentlich verbessern wird. Denn sicherlich haben die Sowjets mit der Invasion vom 21. 8. 1968 ihre Strategie und Taktik erprobt und eingespielt. Gewiß sind auch die einmal eingerichteten Versorgungsketten und Fernmeldeorganisationen für die verbleibenden sowjetischen Verbände eine Basis für weitergehende Operationen. Und schließlich darf nicht übersehen werden, daß auch die Manövertruppen Ende Juli und Anfang August 1968 aus dem tschechoslowakischen Raum abgezogen worden waren, jedoch in Grenznähe in gut getarnter Aufstellung stehen blieben und somit innerhalb kürzester Zeit die Invasionsoperationen auslösen und vollziehen konnten.

Höchste Wachsamkeit ist demzufolge nach der Krise in der CSSR weiterhin geboten.

Literaturhinweis:

1. „Außenpolitik“, Zeitschrift für internationale Fragen, Verlag Rombach, Freiburg, 9/68 (hieraus: „Russische Intervention in Prag“, von H. Bechtold).
2. „Der Fall CSSR, Strafaktion gegen einen Bruderstaat“, eine Dokumentation, Fischer-Bücherei. Herausgegeben von der Redaktion der Fischer-Bücherei unter Mitarbeit des Südwestfunks Baden-Baden, Redaktion K. Kamberger.
3. „Tschechoslowakei, August 1968“, Die Tragödie eines tapferen Volkes. Herausgegeben von Hans K. Studer (hieraus: a) „Prager Tagebuch“ von Andreas Kohlschütter, b) „Militärische Lehren für die Kleinstaaten“ von E. Uhlmann).
4. „Wehrpolitische Informationen“, Ausgabe E Nr. 35 und Nr. 36 vom 29. 8. bzw. 26. 9. 1968.
5. „Osteuropäische Rundschau“, Berichte und Kommentare über Politik, Wirtschaft und Kultur; Herausgeber: Free Europe Inc. Nr. 12/68 (hieraus: „Die Tschechoslowakei unter dem Druck der Normalisierung“, von Marlies Janssen).
6. „Europa Archiv“, Zeitschrift für internationale Politik. Herausgeber: Deutsche Gesellschaft für auswärtige Politik e. V. Nr. 18 und Nr. 23 vom 25. 9. 68 bzw. 10. 12. 68.

Röhrchen für Phosgen-Bestimmung

Große Mengen Phosgen werden in der chemischen Industrie zur Herstellung von Zwischen- und Endprodukten gebraucht. Wegen seiner hohen Giftigkeit gehört Phosgen zu den gefährlichsten Gasen. Die maximale Arbeitsplatz-Konzentration (Mak-Werte) für Phosgen beträgt nur 0,1 ppm. Zur Vermeidung von Gesundheitsgefahren sind regelmäßig Luftuntersuchungen durchzuführen. Hierbei sind Messungen im Bereich sehr kleiner Konzentrationen notwendig.

Das Drägerwerk hat nun zum Dräger-Gasprüfergerät ein neues Prüfröhrchen zur Bestimmung des Phosgens entwickelt. Das Röhrchen hat die Typenbezeichnung „0,05/a“. Der Meßbereich erstreckt sich von 0,05 bis 1,2 ppm. Als Reagens werden Diäthylanilin und Dimethylaminobenzaldehyd verwendet. Die Anzeige ist für Phosgen spezifisch. Störungen durch andere Gase und Dämpfe treten nicht auf. Wegen seiner hohen Anzeigeempfindlichkeit ist das neue Prüfröhrchen besonders für Messungen im Bereich der maximalen Arbeitsplatz-Konzentration geeignet.



Praxis - Quelle der Erfahrung

**Fernmeldezüge
übten
in Eis und Schnee**



Eine gute Ausbildung darf für den Teilnehmer niemals eintönig werden. Aus dieser Erkenntnis heraus wird Lehrkräften und Ausbildern immer wieder eingeprägt, beim Unterricht für Abwechslung und Belebung zu sorgen. Gilt dieser Grundsatz schon für die Ausbildung im Berufsleben, um wieviel mehr Gewicht muß er dort haben, wo ehrenamtliche Mitarbeiter für den Katastrophen- und Zivilschutzdienst ausgebildet werden. Diese freiwilligen Helfer bringen neben einer vorbildlichen Einstellung zu einer gemeinnützigen Aufgabe viel guten Willen und Geduld mit. Das kann leicht dazu verleiten, daß der Ausbilder nur eine Routineleistung bietet, die allenfalls bei der sogenannten Grundausbildung zu vertreten ist.

Es ist daher sehr zu begrüßen, wenn die

Die Landesausbildungsstätte in Wesel wartete nun auch zum Jahresbeginn 1969 mit einer neuen Idee auf. Es sollten erstmalig vier einwöchige Winterausbildungen unter dem Ernstfall angepaßten Bedingungen durchgeführt werden.

Katastrophen finden nicht im Saale statt

Diese Tatsache ist bekannt; und Katastrophen geschehen auch nicht nur bei schönstem Sommerwetter und am Tage. Das Land Nordrhein-Westfalen und seine LSHD-Ausbildungsstätte gingen von der Überlegung aus, daß der Hilfsdienst auch bei einem Einsatz in Eis und Schnee über praktische Erfahrungen verfügen müßte.

Besonders die wichtigen Führungsmittel der Fernmeldezüge sollten einmal unter winterlichen Bedingungen erprobt werden. Durch das Herauslösen dieser Einheiten für eine Woche aus ihren heimatlichen Standorten und ihre Verlegung in eine feldmäßige Unterkunft konnte auch die LSHD-Dienstvorschrift 20 „Innerer Dienst“ überprüft werden. Wie würden sich die Helfer verhalten, wenn sie in Behelfs- oder Massen-Quartieren untergebracht und versorgt würden? Was geschieht, wenn Nachschub, Reparaturdienste, sanitäre Einrichtungen und ähnliche Dinge in eigener Zuständigkeit unterhalten werden müssen? Wie halten das Material, die Kraftfahrzeuge und Fernmelde-Fachausrüstung dem Temperaturwechsel und einem strapazierenden Einsatz stand? Diese und viele andere Fragen



Die zentrale Ausbildungsstätte des LSHD von Nordrhein-Westfalen wurde für vier Wochen in das winterliche Hildfeld im Landkreis Brilon verlegt. Es sollten erstmalig Winterausbildungen unter dem Ernstfall angepaßten Bedingungen durchgeführt werden.

Linke Seite oben: Beim Kabelauslegen wird der günstigste Weg durch das Gelände gewählt.

Von einem provisorischen Schlitten aus wird das Kabel abgerollt.

Linke Seite unten: Die „Hochsauerlandhalle“ dient als feldmäßige Unterkunft für die Teilnehmer.

Links: Der beengte Raum erfordert Ordnung und Rücksichtnahme.

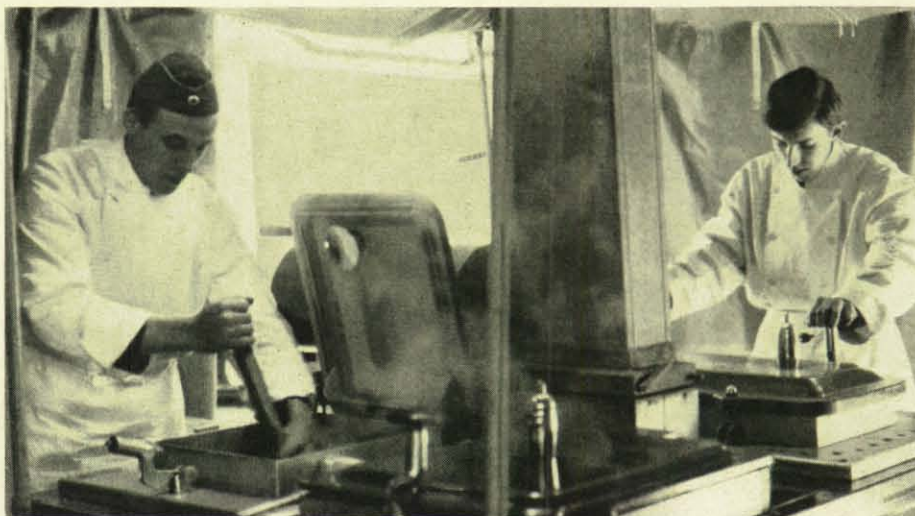
Unten: Dem „Küchenchef“ steht ein durch Wetterschutzplanen abgeschirmter Feldkochherd zur Verfügung.

Auch seiner Arbeit ist der Ernstfall zugrunde gelegt.

zuständigen Stellen Initiativen ergreifen und neben den reinen Ausbildungs- und Erprobungsvorhaben etwas veranstalten, woran sich die Helfer begeistern können.

Neue Ideen

Das Land Nordrhein-Westfalen und insbesondere die dem Innenministerium unterstehende zentrale Ausbildungsstätte für den Luftschutzhilfsdienst in Wesel hatte schon in vergangenen Jahren Versuche mit Leistungswettbewerben unternommen. Man hatte das bei dieser Ausbildungsart besonders große Risiko eines möglichen Mißerfolges nicht gescheut. Diese Leistungswettkämpfe für den Bergungsdienst und die Fernmeldeeinheiten schlossen jedoch so erfolgreich ab, daß sie über die Landesgrenzen hinaus bekannt wurden.





Oben: Der Zugführer bespricht mit seinen Gruppenführern die Baustrecken und Funkverbindungen anhand der Einsatzskizze.

Unten: So etwa kann eine Technische Einsatzleitung aussehen. Von hier aus sind die Einsatzeinheiten über Draht und Funk zu erreichen.

sollten in der geplanten Winterausbildung ihre Antworten finden. Darüber hinaus wollte man den Helfern, die sich an dieser Ausbildung beteiligen würden, Gelegenheit geben, den Winter im Mittelgebirge zu erleben. Besonders für viele Teilnehmer, die vom flachen Land kamen, sollte dies die erste Begegnung mit Skiern werden.

Eine Landesausbildungsstätte zieht um

Um die Gewähr für echte Winterverhältnisse zu haben, wurde für die Unterkunft und als Außenstelle der Schule Wesel für die Zeit der Sonderausbildung der kleine Ort Hildfeld im Landkreis Brilon ausgewählt. Diese etwa 450 Einwohner zählende und in 600 m Höhe liegende Gemeinde in der Nähe des 843 m hohen Langen-Berges verfügt über eine noch nicht ganz fertiggestellte Mehrzweckhalle. Dieses Gebäude war geeignet, als feldmäßiges Winterquartier für jeweils 80 bis 90 Lehrgangsteilnehmer zu dienen. Die „Hochsauerlandhalle“, von der Gemeinde Hildfeld mit eigenen Kräften und Mitteln im Rohbau erstellt, war mit Heizung, elektrischen Leitungen und sanitären Anlagen ausgestattet. Sie entsprach den Vorstellungen von einer Unterkunft im Ernstfall. Denn Gemeinschaftshäuser, Schützenhallen und Schulen werden in Krisenzeiten die Einheiten der Hilfsdienste aufnehmen müssen.

Provisorisch eingerichtet

Vor dem Anmarsch der Fernmeldezüge nach Hildfeld wurde die Hochsauerlandhalle so zweckmäßig eingerichtet, wie es

die Räumlichkeiten zuließen. Es gab einen großen Schlafsaal, in dem zweistöckig 100 Betten aufgestellt waren, einen Eßraum, der gleichzeitig als Unterrichts- und Aufenthaltsraum diente, sowie Nebenräume für den Schirrmeister, die Küche und den Sanitätsdienst. Ein großer Keller erwies sich als Vorrats- und Abstellraum geeignet und konnte zusätzlich die Behelfswerkstatt für die Kraftfahrzeuge aufnehmen. Für die Reparaturen des Fernmeldegerätes und als Batterie-Ladestation wurde auf ein Lade- und Instandsetzungsfahrzeug eines Fernmeldezuges zurückgegriffen.

Verglichen mit den friedensmäßigen Verhältnissen an den Landesausbildungsstätten des LSHD war das Ganze natürlich eine Behelfslösung. An die Improvisationskunst des Ausbildungspersonals wurden daher erhebliche Anforderungen gestellt. Wenn man jedoch einen Ernstfall zugrunde legt, war die Unterkunft in Hildfeld fast eine Ideallösung.

Teilnehmer aus dem ganzen Land

Die Teilnehmer an dieser Winterausbildung kamen aus allen sechs Regierungsbezirken des Landes Nordrhein-Westfalen und gehörten fast ausschließlich zum überörtlichen Luftschutzhilfsdienst. Sie hatten die An-





Oben: Ein Funkgruppenfahrzeug übernimmt, auf günstiger Höhe eingesetzt, die Aufgaben einer Relaisstation im Sprechfunkbetrieb.



Oben: Hier wird der Feldkabelbau durch eine Ortschaft vorgenommen. Kabelausleger und Drahtgabler arbeiten nach Weisung des Gruppenführers.

Unten: Geländegängige Funkkommando-Wagen erreichen Höhen, von denen aus der Funkverkehr über weite Strecken hergestellt werden kann.

und Abreise als Mot-Marsch in ihren LS-Dienstfahrzeugen durchzuführen, die nach Erreichen des Marschzieles in Hildfeld neben dem Winterquartier im Freien abgestellt wurden. Dadurch hatten die Kraftfahrer reichlich damit zu tun, ihre Fahrzeuge in winterfestem und einsatzfähigem Zustand zu erhalten. Auf den Fahrzeugen war neben der persönlichen Ausrüstung der Fernmeldehelfer die Fachausrüstung verladen. Nach Eintreffen der Lehrgangsteilnehmer im Winterlager wurden drei Fernmeldezüge in Einsatzstärke von je 25 Mann pro Zug zusammengestellt, wie es auch in der Stärke- und Ausrüstungsnachweisung (STAN) vorgesehen ist.

Die Ausbildungen fanden vom 19. Januar bis 15. Februar, jeweils mit 80 bis 90 Teilnehmern pro Woche, statt. Dadurch ergab sich eine Gesamtteilnehmerzahl von rd. 350 Helfern. Diese erstaunlich hohe Beteiligung von fast 25% des Personals des LS-Fernmeldedienstes in Nordrhein-Westfalen war der beste Beweis für die gute Resonanz, mit der die Idee der Winterausbildung aufgenommen worden ist. Es hatte sich als richtig und erfolgreich erwiesen, das Risiko einzugehen, die Lehrsäle einer Ausbildungsstätte auch einmal in der Winterzeit an die frische Luft zu verlegen.

Zielstrebiges und aufgelockertes Programm

Der Dienstplan bot — neben wenigen theoretischen Auffrischungen in der Fernmelde-technik — das Fahren mit Schneeketten auf vereisten Straßen und durch Schneeverwehungen, den Bau von Feldkabelleitungen im Schnee, das Einrichten von Relaisstatio-



nen für die Sprechfunkverbindungen auf Bergkuppeln und eine großräumig angelegte, sich über zwei Tage erstreckende Fernmelde-Einsatzübung, die einen Nacht-einsatz bei Temperaturen um 10° bis 15° unter Null einschloß. Dabei wurden die komplette Fernmeldeeinrichtung für eine Katastrophen-Abwehr-Leitung (KAL) sowie zwei technische Einsatzleitungen (TEL) erstellt und betrieben.

Ein Arzt unterrichtete über Erste-Hilfe-Leistung im Winter, wobei er besonders auf die Hilfe bei Ski-Unfällen, Schneeblindheit und Erfrierungen einging.

Dankbar wurde von den Lehrgangsteilnehmern ein Dia-Vortrag des zuständigen Oberförstern aufgenommen, in dem er über die Holzwirtschaft und das einheimische Wild sprach und gleichzeitig mit Farbaufnahmen die Naturschönheiten des Sauerlandes und Rothaargebirges zeigte.

chen bessere Lösungsmöglichkeiten zu eröffern.

Nur die Praxis bringt Erfahrung

Die Lehrgruppe Fernmeldedienst des Landes Nordrhein-Westfalen hat durch die Winterausbildungen viele Erfahrungen mit den Helfern und der Ausrüstung unter extremen Bedingungen gesammelt, die sich in Form von Berichten an die übergeordneten Dienststellen der Zivilschutzorganisation niederschlagen werden.

Mit ihrer persönlichen Anwesenheit unterstrichen der Präsident des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz, Dr. Schmidt (Bad Godesberg), und der Leiter der Abteilung für Zivilschutz beim Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Ministerialdirektor Dr. Arkenau (Düsseldorf), die Bedeutung, die von verantwortlicher Seite



Oben: Auch Nachtübungen sind in dem Ausbildungsplan enthalten. Helfer verlegen auf dunkler Straße eine Feldkabel-Doppelleitung.



Links: In Schnee und Eis ist das Hochnehmen und Auftrommeln des Feldkabels für den Helfer keine leichte Arbeit.

Unten: Das Feldkabel ist wieder aufgerollt, die Übung ist beendet, und jeder freut sich auf die heiße Suppe aus dem Feldkochherd.

Selbstverständlich hatten die Fernmelder ausreichend Gelegenheit, auf mitgebrachten oder an Ort und Stelle geliehenen Skiern zu laufen. Hierbei gab es besonders viel Grund zur Heiterkeit, wenn die krassen Anfänger bei kleinen Abfahrten als letzten Ausweg zum Halten oder zur Richtungsänderung den Hosenboden als sogenannte „Textilbremse“ einsetzen mußten. Ein selbstgebastelter Ski-Lift mit Hilfe einer Unimog-Seilwinde und einer Umlenkrolle erwies sich nur für Muskelprotze mit Bodybuilding als brauchbar, gab aber andererseits den Experten für technische Fragen Gelegenheit, in komplizierten Fachgesprä-

dieser Sonderausbildung beigemessen wird.

Den vielen Helfern aber, die sich an den Lehrgängen im winterlichen Sauerland beteiligten, werden die Tage in Schnee und Eis sicherlich noch lange in guter Erinnerung bleiben. Sie bildeten ohne Zweifel einen Höhepunkt der Ausbildung, die naturgemäß nicht nur aus Glanzstücken bestehen kann. Es ist anzunehmen, daß das Land Nordrhein-Westfalen diese Art Winterausbildung, die ein so starkes Echo bei den ehrenamtlichen Helfern gefunden hat, in den nächsten Jahren als Tradition fortsetzen wird. A.



Psychologische Verteidigung als Teil einer „indirekten Strategie“

Von Ministerialrat A. Dedekind, Hannover

„Friedliche Koexistenz“ und russische Militärstrategie

„Der Westen muß eingeschlafert werden! Wir werden damit beginnen, die spektakulärste Friedensbewegung auszulösen, die je existiert hat. Es wird erregende Vorschläge und ungewöhnliche Zugeständnisse geben. Die westlichen Länder werden, einfältig und dekadent, mit Freuden an ihrer eigenen Zerstörung mitarbeiten. Sie werden sich auf jede Gelegenheit zur Freundschaft stürzen. Sobald aber ihre Wachsamkeit nachläßt, werden wir sie mit geballter Faust zerschmettern!“ Das ist Teil einer Rede, die der Sowjetrusse Manuilsky, ein enger Mitarbeiter Lenins und Dozent an der Frunse-Akademie, in Moskau im Jahre 1931, also vor jetzt immerhin 38 Jahren, hielt.¹⁾

Immer wieder spürbar sind solche Thesen aus dem Geiste Lenins unverändert auch heute noch im Mittelpunkt der politischen Direktiven, die das Zentralkomitee der kommunistischen Partei der Sowjetunion im Kreml als Richtlinie für die aggressive Politik des Warschauer Paktes in Richtung auf Westeuropa gibt. Es sind Direktiven einer „indirekten Strategie“ im Sinne einer brutalen totalen Kriegskunst, in der die klassische Militärstrategie wie auch die Atomstrategie nur „Mittel zum Zweck“ sind auf dem Wege zur Weltherrschaft des Kommu-

nismus unter dem Tarnmantel der „friedlichen Koexistenz“.

Wie sehr sich die sowjetische Militär- und Atomstrategie der übergeordneten politisch-totalen Kriegskunst des Systems ein- und unterzuordnen hat, macht der sowjetische Marschall Sokolowski in seinem Standardwerk „Militärstrategie“ klar, wenn er in dem Kapitel über „die marxistisch-leninistische Auffassung vom Wesen des Krieges in der gegenwärtigen Epoche“ Lenin zitiert:²⁾

„Der Bürgerkrieg ist die schärfste Form des Klassenkampfes, in dem Zusammenstöße und Schlachten wirtschaftlicher und politischer Art sich wiederholen, häufiger werden, sich ausweiten, sich verschärfen und schließlich zum Kampf mit der Waffe in der Hand werden.“ Derartiger Bürgerkrieg ist aber nach Sokolowski durchaus noch Bestandteil einer „friedlichen“ Politik der „Koexistenz“. Er widerspricht im gleichen Kapitel dem britischen Militärtheoretiker Liddell Hart, wenn dieser behauptet, daß unter den Mitteln der Kriegführung jetzt nicht nur und nicht so sehr die Streitkräfte zu verstehen seien, sondern vielmehr die verschiedenen „nichtmilitärischen“ Kampfmittel, wie wirtschaftlicher Druck, Propaganda, Diplomatie, Untergrundtätigkeit usw.

Es wäre falsch — so sagt Sokolowski —, die verschiedenen nichtmilitärischen Formen

des Kampfes in den Begriff „Krieg“ einzu-beziehen. Warum? Weil das — im Sinne kommunistischer Sprachregelung — eine Sünde wider den Geist der „friedlichen Koexistenz“ wäre. Den Begriff „Krieg“ so weit zu fassen, würde nach Ansicht Sokolowskis zu der „absurden Schlußfolgerung“ führen, der Krieg sei ein Dauerzustand der menschlichen Gesellschaft“. Nein, der Dauerzustand soll nicht der „Krieg“, sondern die „friedliche Koexistenz“ sein, und wenn es sein muß, in der Form des Bürgerkrieges.

Hinter dieser dialektischen Verwirrung der Begriffe verbirgt sich das, was im kalten Krieg zwischen Ost und West immer deutlicher als die „psychologische Kriegführung“ Moskaus erkannt und gedeutet werden muß. In der Konfrontation mit diesem „Kriegsbild“ eines kalten Krieges muß sich die Erkenntnis auf westlicher Seite durchsetzen, daß die Welt von heute nicht nur in das Atomzeitalter, sondern spätestens schon mit der Etablierung der sowjetischen

¹⁾ Im Wortlaut zitiert in „Nichtmilitärische Landesverteidigung“ — Festschrift für den schweizerischen Oberstkorpskommandanten Uhlmann. Beitrag „Subversive Kriegführung“ von Major Bachmann (Schweiz) S. 109 (1967).

²⁾ „Militär-Strategie“ — Herausgegeben unter der Redaktion von Marschall der Sowjetunion W. W. Sokolowski — Deutsche Übersetzung: Markus-Verlag, Köln; 2. verbesserte und ergänzte Auflage. S. 250 ff.

Oktoberrevolution in das Zeitalter eines weltweiten, verdeckten Kampfes, des „frontlosen Krieges“³⁾, eingetreten ist.

Das Eisberg-System

Obwohl gerade die Bundesrepublik und Bonn von Beginn an unter dem konzentrierten Beschuß der psychologischen Kriegführung von seiten Moskaus und Pankows stehen, sträubt man sich hierzulande noch, den Gesetzmäßigkeiten einer solchen „totalen Kriegführung“ und einer dementsprechend notwendigen Totalität der eigenen Landesverteidigung auch im geistigen Sinne Rechnung zu tragen. Dabei spüren wir es im politischen Alltag unserer Tage täglich von neuem, wie sehr der gefährliche „Eisberg“ des psychologischen Krieges von Osten ferngesteuert in den Bereichen der „Konspiration“ und der „Subversion“ weitgehend noch unter der Oberfläche und nur gelegentlich in einzelnen Auswüchsen sichtbar werdend, mitten unter uns ist (siehe Abbildung). In einigen Länderparlamenten war in diesen Wochen bei Erörterung der inneren Sicherheit in einigen Universitätsstädten immerhin bereits von „vorrevolutionären Zuständen“ und „bürgerkriegsähnlichen Verhältnissen“ die Rede.

Sicherlich besteht — insbesondere nach dem trotz aller Drohungen mit Druck und Gewalt insgesamt doch ruhigen Ablauf der Bundesversammlung in Berlin am 5. März 1969 — kein Anlaß, die Lage zu dramatisieren. Aber die latent bleibenden Gefahren sollten nüchtern analysiert werden. So, wie es kürzlich in einer Untersuchung über eine „umfassende Landesverteidigung“ in der Schweiz geschah. Dort hieß es in der Neuen

Zürcher Zeitung⁴⁾: „In vielen Köpfen besteht die Kriegsvorstellung immer noch darin, daß eine feindliche Armee unsere Grenze durchstößt und in das Land eindringt. Das kann, aber muß nicht der Fall sein. Eine Kriegführung ohne (herkömmliche) Grenzverletzung ist nicht nur denkbar, sondern durchaus möglich. ... Der subversive Angriff bezweckt die innere Zersetzung eines Volkes. Er beginnt mit der geistigen Verwirrung, der Zerstörung von Vertrauen und Autorität, kämpft mit Potenzierung aller Gegensätze, mit Versprechen und Drohung, mit Streik und Terror, und

Die östliche Zielplanung

Eine Analyse des psychologischen Krieges und des Systems, nach dem er vom Warschauer Pakt geführt wird, wäre unvollkommen, wenn nicht zugleich auch die Ansatzpunkte für Moskaus „Zielplanung“ im Bereich der Bundesrepublik untersucht würden.

Es dürfte kaum zweifelhaft sein, daß das Trommelfeuer von Propagandaparolen, das vom Osten aus im Zeichen von „Faschismus“, „Revanchismus“, „Militarismus“ oder

„Kapitalismus“ gegen die BRD in die Welt geht, bei der Masse unseres Volkes wirkungslos abprallt. Andererseits darf nicht übersehen werden, daß sowohl im Blick des Auslandes wie auch unter der eigenen Bevölkerung sich so manches davon mit dem verfilzt, was dem „deutschen Michel“ teils von jeher anhaftet, teils Ausfluß der Irrungen und Wirrungen der deutschen Nachkriegspolitik ist und nur langsam und schrittweise abgebaut, nachgeholt und verbessert werden kann. Das richtige „Fort vom Obrigkeitsstaat“ beispielsweise läßt so manchen vergessen, daß auch die Demokratie nicht ohne Autorität leben



er zielt ab auf Revolution durch Kapitulation.“

Im Bilde des „Eisberges“ der psychologischen Kriegführung ist solche Revolution dann schon die Stufe der Gewaltanwendung, die einmündet in das Ziel der „Volksdemokratie“ östlicher Prägung, die heute, 51 Jahre nach der russischen Oktoberrevolution immerhin ein Viertel der Erdoberfläche und 36 Prozent der Weltbevölkerung beherrscht. Und die Zielrichtungen weiterer Expansion zeichnen sich nach den verschiedensten Richtungen ab!

und wachsen kann, daß Freiheit ohne Bindung die Vorstufe der Unfreiheit sein kann. Gerade die zivile Verteidigung — ausschließlich auf Freiwilligkeit angewiesen — weiß ein Lied davon zu singen, daß Zivilschutz nur möglich ist, wenn das „ohne mich“ ersetzt wird durch die Bereitschaft, sich in Freiheit freiwillig an eine Aufgabe der Gemeinschaft zu binden. Im weiten Fächer der innenpolitischen Probleme, in der Kultur- und Hochschulpolitik, im Bereich der

³⁾ Nach Prof. Dr. Werner Hahlweg, Münster i. W.
⁴⁾ Oberst i. Gen. St. Wanner in der Neuen Zürcher Zeitung, Januar 1969.

Kriegsfolgelasten, der Sozial- und Wirtschaftspolitik, der Außen- und Verteidigungspolitik finden die kommunistischen Agitatoren der psychologischen Kriegführung ihre fein ausgeklügelten Ansatzpunkte. Sie schläfeln ein, sie täuschen, demoralisieren, zersetzen und vermehren das Unbehagen bis zur Staatsverdrossenheit.

Die Beauftragten Moskaus unter uns haben um so leichtere Arbeit, je mehr ihre Umwelt durch eine Situation gekennzeichnet ist, die der Präsident des Bundesrates, Bürgermeister Weichmann, Hamburg, kürzlich mit einem Stoßseufzer so umriß⁵⁾:

„Eine Regierung, die demokratische Ordnung will, ist darauf angewiesen, daß sie in breiten Bevölkerungskreisen durch demokratisches Bewußtsein gestützt wird. Das gilt auch für Presse, Rundfunk und Fernsehen, die nach Beseitigung der Diktatur ihre Aufgabe vorwiegend darin gesehen haben, die politischen Willensträger zu kritisieren, ohne ein Gegengewicht durch notwendige Verteidigung des demokratischen Systems zu schaffen. Eine Regierung, die immer nur unter einem Trommelfeuer der Kritik in Erscheinung tritt, mag schwerlich auf Zustimmung rechnen.“ Auch ein Beispiel, wie in Deutschland das Pendel der Geschichte immer ins Extreme auszuschielen neigt!

Es kommt darauf an, den Erkenntnissen über die kommunistische Zielplanung beim weiteren Aufbau der Gesamtverteidigung Rechnung zu tragen. Die psychologische Aggression des Ostens fordert die psychologische Verteidigung des Westens heraus. Im weiteren Ausbau der Verteidigungskonzeption der NATO in der Form der „flexible response“ sollte dem Phänomen des verdeckten Krieges mehr als bisher Beachtung geschenkt werden. In diesem Zusammenhang ist auf eine Studie des Politologen an der Universität Münster, Prof. Dr. Werner Hahlweg, zu verweisen, in der die Anwendbarkeit der Kriegserfahrung in Vietnam auf Europa untersucht wird. In ihr heißt es:

„Man muß erkennen, daß beim verdeckten Kampf oder Krieg gerade der zivile Sektor die zentrale Rolle spielt. Das entspricht genau der heutigen Zeitstruktur und dem modernen Kriegsbild, in welchem die Tatsache durchaus sichtbar wird, daß der Krieg ganz allgemein mehr und mehr zivil wird. Je eher man diese Tatsache begreift und sich von dem herkömmlichen „militärischen“ Denkschema löst, desto schneller wird man den Realitäten von Gegenwart und Zukunft gerecht. Die Amerikaner scheitern deshalb in Vietnam, weil spezifisch militärische Gesichtspunkte bei ihrer Kriegführung überwiegen, während die Gegenseite hier richtig handelt, indem sie die politisch-zivilen Komponenten des Ringens in den Vordergrund stellt.“

Vergleich Prag—Berlin

Es mag — wenn auch der zeitliche Abstand noch knapp ist — doch die Frage gestellt sein, ob nicht im Blick auf Prag und Berlin im Verhältnis zu Vietnam ein genau entgegengesetztes Verhalten der Gegner, und damit für Europa endlich ein Übergewicht des Westens feststellbar ist und zur Zeit die Lage bestimmt?

Vor einem halben Jahr, bei Prag war es Jakubowski — der sowjetische Marschall und Oberbefehlshaber der Streitkräfte des Warschauer Paktes —, der als Erfüllungsgehilfe des Zentralkomitees der kommunistischen Partei der Sowjetunion mit der militärischen Invasion in der Tschechoslowakei eine Rolle spielte, die ihn strategisch ähnlich ins Zwielicht der Geschichte hat treten lassen wie die Führung der deutschen Wehrmacht, die im März 1939 im Auftrag Hitlers den Hradschin in Prag völkerrechtswidrig besetzte.

Beide Ereignisse — 1939 wie 1968 — waren Ausdruck einer höchst direkten, gewalttätigen Strategie, in der die materielle militärische Macht das beherrschende Element darstellte. Dieser brutalen Gewalt — damals Hitlers, diesmal Moskaus — war die moralische Kraft des Freiheitswillens in Böhmen, Mähren und der Slowakei nicht gewachsen. So umsichtig und klug auch Swoboda und Dubcek die ihnen verbleibende „Spannungszeit“ für den Aufbau eines psychologischen Widerstandes nutzten — sie wußten, daß ihre Strategie, in der das psychologisch-moralische Element Vorrang hatte, zu wenig von den unentbehrlichen Mitteln materieller Macht abgesichert war, um erfolgreich zu sein. So blieb ihnen nur übrig, auf den Faktor „Zeit“ zu setzen; vielleicht daran denkend, daß ja auch das „Protektorat“ von 1939 nach 6 Jahren zu Ende war. Die Geschichte wird erweisen, welchen Preis Moskau für sein Abweichen vom Prinzip der indirekten Strategie zu zahlen haben wird.

Im Blick auf das vom Kommunismus umzingelte Berlin von heute liegt es nahe, seine Lage mit der von Prag zu vergleichen. Als vor wenigen Wochen zu Beginn der „Krise“ um die Bundesversammlung in Berlin erneut der Name des Marschalls Jakubowski Schlagzeilen in aller Welt machte, als wieder „Manöver“ unter seiner Leitung, dieses Mal nun um Berlin, angekündigt wurden, da haben sich viele im Westen gefragt, ob nun wohl die Freiheitsglocke im Schöneberger Rathaus aufhören würde zu schlagen. Breschnew-Doktrin, sowjetisches Interventionsrecht und was sonst noch an Drohungen mit kalter Gewalt hinter den russischen Noten der letzten Monate stand — das alles war Ausdruck einer psychologischen Kriegführung, die auf die Verbreitung von Angst und Einschüchterung ausgerichtet war. Alle Erleichterung darüber, daß der

5. März ohne größere Zwischenfälle vorüberging, darf nicht vergessen lassen, daß die westliche Öffentlichkeit bis zuletzt ängstlich darauf wartete, was denn nun passieren würde!

Die indirekte Strategie

Es war die Aufgabe einer politisch-psychologischen NATO-Verteidigung, der Bevölkerung ihrer Mitgliedsstaaten bewußt zu machen, warum hier nichts passierte. Der 5. März 1969 hat deutlich gemacht, daß die politische Führung der NATO aus den Versäumnissen von 1961 (Berliner Mauer) oder 1968 (Prag) offenbar gelernt hat, daß man, wie Kennedy 1962 bei Cuba, fähig ist, in der NATO-Konzeption der „flexible response“ auf sowjetische Drohungen in einer der jeweiligen Lage angepaßten Reaktion zu antworten. Der gerade rechtzeitige Besuch Nixons in Europa und besonders in Berlin und das gleichzeitig in Funktion tretende „crisis management“ zwischen Berlin — Bonn, Washington, Paris, London und Brüssel hat dieses Mal funktioniert und dadurch für Moskau das Risiko seiner Drohungen unkalkulierbar gemacht. Die Abschreckung hat gewirkt. Hier kam von seiten der NATO eine gleichermaßen psychologisch-moralisch wie auch materiell untermauerte Strategie zum Ausdruck, die der „Clausewitz“ unserer Zeit, der französische General Beaufre, in seinem Buch „Die Totale Kriegskunst im Frieden“⁶⁾ als die neue, die „indirekte Strategie“, bezeichnet. — Er stellt sie über die klassische Militär- und die Atomstrategie als die höchste Kunst einer überlegenen politischen Strategie. Am Ende seiner „Schlußfolgerungen“ aus der „indirekten Strategie“ sagt Beaufre:

„Wir müssen lernen, diese Spielregeln (der indirekten Strategie) mit dem gleichen Realismus und der gleichen abgewogenen Überlegung anzuwenden, wie sie (die Sowjets), um zu verhindern, daß es zu einer fortschreitenden Aushöhlung unserer Gesamtposition oder zum Verzweiflungsschritt kommt, der auf Grund des Mechanismus der direkten Strategie heute die Katastrophe unvermeidlich machen würde. Wir müssen lernen, im „Frieden“ zu überleben und vom Frieden zu retten, was noch zu retten ist. Wir müssen die indirekte Strategie erlernen.“

In diesem Lernprozeß westlicher Führung liegt weitgehend der Schlüssel dafür, im kalten psychologischen Krieg sich so verteidigungsbereit zu halten, daß der äußere Frieden erhalten bleibt.

⁵⁾ Interview in „Welt am Sonntag“, 9. 2. 1969.

⁶⁾ General Beaufre „Totale Kriegskunst im Frieden — Einführung in die Strategie“. Im Propyläen Verlag Berlin, herausgegeben in Verbindung mit dem Forschungsinstitut der „Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V.“, Bonn (1964), S. 178.

Der Selbstschutz der Bundeswehr



Durch das „Erste Gesetz über Maßnahmen zum Schutze der Zivilbevölkerung“ (1. ZBG, § 5 Abs. 1 vom 9. Oktober 1957) wurde geregelt, daß neben den Bundesministern für Verkehr sowie Post und Fernmeldewesen der Bundesminister für Verteidigung die erforderlichen Luftschutzmaßnahmen innerhalb seines Geschäftsbereiches durchzuführen hat. Der Abs. 3 setzt fest, daß die genannten Verwaltungen mit den für den zivilen Luftschutz zuständigen Behörden zusammenzuwirken haben. Das Bundesverteidigungsministerium erließ daraufhin Mitte 1959 die ZDv 9/1 (Zentrale Dienstvorschrift – gültig für alle Streitkräfte und die Bundeswehrverwaltung) „über den Luftschutz der Bundeswehr“. Damit wurden die zu treffenden Schutzmaßnahmen und der Aufbau der erforderlichen Organisation befohlen.

Vorbereitende Selbstschutzmaßnahmen,

Von Oberst Hans Kersten

Bereitschaftsdienste bei unterschiedlichen Alarmstufen, der Selbstschutz des einzelnen, der Truppenteile und Dienststellen, die gegenseitige Hilfe im Standort und im überörtlichen Einsatz wurden geregelt, Zuständigkeiten für die Durchführung der Ausbildung der aufzustellenden Kräfte befohlen und das System von Warnanlagen festgelegt. Alle zu treffenden Maßnahmen sind danach in den Selbstschutz-Ordnungen der Anlage (z. B. Kaserne, Depot) und des Standortes kalenderartig zu erfassen. Auch die enge Zusammenarbeit mit den Behörden, den Zivil- und Katastrophenschutzorganisationen, karitativen Verbänden usw. ist gefordert und muß in diesen Unterlagen Niederschlag finden. Mit der Durchführung

aller erforderlichen Maßnahmen für die gesamte Bundeswehr wurde das Kommando der Territorialen Verteidigung beauftragt. Diesem unterstehen im nachgeordneten Bereich die Wehrbereichskommandos auf der Länderebene, die Verteidigungsbezirkskommandos auf der Ebene der Regierungsbezirke und die Verteidigungskreiskommandos auf der Stadt- und Landkreisebene.

Selbstschutzausbildung

Da aus dem Nichts heraus aufgebaut werden mußte, stellten sich als erstes die Fragen: Wo können die Lehrkräfte hergenommen werden, um überhaupt eine Selbstschutzausbildung betreiben zu können? Wo können zunächst Führer und Unterführer ausgebildet werden, solange die Bundeswehr nicht über eigene Ausbildungsmöglichkeiten verfügt? Hier haben selbstlos und

in kameradschaftlicher Form besonders das Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz und der Bundesverband für den Selbstschutz geholfen. Aus der Abbildung 1 ist ersichtlich, welche Kräfte vor allem in den Aufstellungsjahren durch diese Mithilfe ausgebildet wurden. Wenn der Bundeswehr in kurzer Zeit eigene Selbstschutzausbilder zur Verfügung standen, so hat sie dieses nur den Zivilschutzorganisationen zu danken. Zur gleichen Zeit gelang es, zunächst auf dem Kommandowege bei jedem Wehrbereichskommando eine eigene kleine Selbstschutzausbildungsstätte aufzubauen. Nicht nur die Freistellung des erforderlichen Personals war schwierig, sondern auch die Auffindung eines baulichen Objektes mit Lehr-, Wohn- und Wirtschaftsräumen in einem Übungsgelände, das sich für den Umgang mit Feuer und Wasser eignete. Die für die Durchführung der Ausbildung verantwortlichen ABC-Selbstschutzoffiziere der Wehrbereichskommandos waren jedoch außerordentlich findig und zeigten großes Organisationstalent. An hauptamtlichen Selbstschutzlehrkräften wurden zuerst nur drei, jetzt fünf Stellen genehmigt. Die ausgewählten Beamten bzw. Angestellten waren aber in Erkenntnis der Wichtigkeit ihrer Aufgabe so passioniert, daß sie in Kürze zu vorbildlichen Ausbildern heranwuchsen. Lehrmaterial wurde zum Teil vom Bundesverband für den Selbstschutz beschafft oder auch – vielfach in freien Abendstunden – selbst hergestellt, wie z.B. Modelle und Lehrtafeln. Trümmerkegel, Brandhäuser, Rettungstürme wurden erstellt, Löschteiche, Hydranten angelegt, Brennmaterial aus Abbruchhäusern herangefahren und was sonst noch alles für eine realistische Ausbildung im Rettungs- und Brandschutzdienst erforderlich ist. Trotz allem hätte die Ausbildung nicht anlaufen können, wenn der Bundesverband für den Selbstschutz nicht wiederum durch Gestellung von Gerät für Selbstschutzzwecke geholfen hätte. Ab 1964 war ein Ansteigen der Ausbildungskapazität bis zum derzeitigen Zeitpunkt zu verzeichnen. Insgesamt wurden rd. 10 500 Selbstschutzunterführer ausgebildet. Während die Ausbildungsstätten der Wehrbereichskommandos die Selbstschutzgruppen- und Truppführer ausbildeten, erfolgte gleichzeitig an der ABC-Abwehr- und Selbstschutzschule (ABC/SeS) in Sonthofen i. Allgäu die Schulung der Selbstschutzoffiziere bzw. Selbstschutzbeauftragten der Bundeswehrverwaltung sowie der Selbstschutz-Zugführer. Heute erhält jeder ABC-Abwehroffizier und -unteroffizier in den Lehrgängen für diese Verwendung gleichzeitig die erforderliche Selbstschutzausbildung. Hierdurch ist die Breitenwirkung in der Truppe und in den Dienststellen wesentlich gestiegen, zumal auch in den Lehrgängen für Kommandeure des Thema „Selbstschutz“ regelmäßig angesprochen wird. Beachtet man den Entwicklungsgang, so ist es nicht erstaunlich, daß die Ausbildung nach Inhalt und Methodik der des Bundesverbandes für den Selbstschutz ähnlich ist. Natürlich unter Berücksichtigung der besonderen Belange der



Lehrgänge beim BzB und BLSV

WBK	BLSV		BzB	
	Sold.	Ziv.	Sold.	Ziv.
I	364	228	51	11
II	517	229	78	5
III	366	320	51	29
IV	391	504	68	7
V	220	188	56	8
VI	534	287	67	6
Gesamt:	2392	1756	371	66
	4148		437	
	4585			

Abb. 1

In Planspielen (linke Seite) und praktischen Übungen (ganz oben) werden die Angehörigen der Bundeswehr im Selbstschutz ausgebildet.

Ihre Lehrer gehören z. T. dem Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz und dem Bundesverband für den Selbstschutz an.

Truppe und in Anpassung an die Vorschriften der Bundeswehr.

Selbstschutzorganisation

In mancher Hinsicht ist die Selbstschutzausbildung dadurch erleichtert, weil alle Soldaten sowieso eine ABC-Abwehrausbildung aller Truppen erhalten, darüber hinaus viele zusätzlich noch eine Spezialausbildung im ABC-Abwehrtrupp. Dieser hat eine Stärke von 1 Unteroffizier, 3 Mann und befindet sich in jedem Zuge. Jede Einheit (Kompanie/Batterie) verfügt somit über 3 ABC-Abwehrtrupps, die gleichzeitig den Kader für den Selbstschutzzug bilden können (s. Abbildung 2). Da jede Truppe über ausgebildete Melder und Fernmelder sowie Sanitätspersonal verfügt, ist für diese Funktionen eine Ausbildung nicht mehr erforderlich. Diese günstigen Voraussetzungen sind bei den rd. 160 000 Zivilbediensteten (Beamte und Arbeitnehmer) der Bundeswehrverwaltung nicht gegeben. Wünschenswert wäre, und es sollte angestrebt werden, daß jeder Bürger, der in Uniform als Soldat dient, schon vor seiner Dienstzeit durch den Zivilschutz diese Selbstschutzgrundausbildung erhalten würde und zur Truppe mitbrächte, wie das z. T. in der Schweiz und Schweden durch Verpflichtung zur Teilnahme an der Selbstschutzausbildung ab 16 Jahre gegeben ist.

Selbstschutzgerät

Seit 1966 ist Gerät für Selbstschutzzwecke ausreichend vorhanden. Es ist das gleiche Gerät, wie es bei den Zivilschutzorganisationen verwendet wird, nämlich: Selbstschutz-Rettungsgerät Satz 1-5, Selbstschutz-Werkzeugsätze 1 (bauliche Instandsetzung), Selbstschutz-Werkzeugsätze 2 (Rohrinstandsetzung), Selbstschutz-Werkzeugsätze 3 (Elektroinstandsetzung). Darüber hinaus verfügt die Truppe, insbesondere die Pioniere und die ABC-Abwehrtruppe – aber auch jede andere Waffengattung –, über viel Gerät, das sich zur Verwendung im Löscheinsatz, zur Bergung und Rettung und zur Hilfe im Katastrophenfall eignet. Hierzu sind zu rechnen: Spritzen und Pumpen aller Art, Kompressoren, Aggregate, Schneidbrenner, Kräne, Bagger, Planiertrappen, Feldarbeitsgeräte, Motorsägen, Erdbohrer, Tragen und vieles andere Gerät, ja sogar Sprengmittel. Truppe und Dienststellen können also die Selbstschutzausbildung durchführen. Die erforderlichen Pläne hierfür wurden von dem Kommando der Territorialverteidigung erarbeitet. Mit welcher Intensität die Selbstschutzausbil-

dung betrieben wird, hängt von dem Verständnis der Kommandeure und Dienststellenleiter ab, die für die Gesamtausbildung verantwortlich sind.

Der bauliche Selbstschutz der Bundeswehr

Im gleichen Umfang, wie seit der Aufstellung ab 1956 für die Bundeswehr neue Kasernenanlagen gebaut worden sind, wurden

die erforderlichen Schutzbauten erstellt. Es gibt hauptsächlich zwei Grundtypen mit den Bezeichnungen Bundeswehr 50 (für 50 Personen) und Bundeswehr 20 (für 20 Personen). Aus diesen Grundtypen wurde eine Reihe von Schutzbauten für Sonderzwecke entwickelt, z. B.:

Schutzbau Bw 50 – Führung (ca. 20 Personen)

Schutzbau Bw 50 – Dienst (ca. 25 Personen)

Schutzbau Bw 50 – Versorgung
Schutzbau Bw 50 – Sani (30 Kranke oder Not-OP und 15 Kranke)

Schutzbau Sondertyp – Notstrom

Schutzbau Sondertyp – Fernmeldezentrum

Schutzbau Sondertyp – Geschwadereinsatzstand

Schutzbau Sondertyp – ABC-Meldezentrale

Alle Bauten sind natürlich mit einer speziellen Ausstattung für diese Sonderzwecke versehen. Die Altanlagen verfügen durch Ausbau der Keller und vorbereitende organisatorische Maßnahmen mindestens über einen Grundschutz für jeden Angehörigen der Bundeswehr, soweit es die örtlichen Verhältnisse überhaupt zulassen. Heute sind praktisch alle Anlagen der Bundeswehr – ob alt, ob neu – an das Warnnetz der Warnämter angeschlossen. Warnstellen (Draht) sind eingerichtet und Sirenen ausreichend vorhanden. Abschließend kann gesagt werden: Wenn auch noch vieles – insbesondere auf dem Gebiet der Selbstschutzausbildung und Vervollständigung und Modernisierung der Ausrüstung mit Gerät für Selbst-



Abb. 2

Selbstschutz auch für die Bundeswehr. Hier geht es um Retten und Bergen.



schutzzwecke – getan werden muß, so ist die Situation bei der Bundeswehr ungleich besser als bei der Zivilbevölkerung. Für unsere Soldaten, die die Gefahren natürlich weit besser übersehen, ist es eine schwere Sorge zu wissen, daß so wenig für die Zivilbevölkerung und damit auch für ihre Familien getan wird. Die Schuld hieran liegt gewiß nicht an den Dienststellen und Verbänden, die sich für eine Stärkung des Zivilschutzes einsetzen. Regierung, Presse und alle Massenkommunikationsmittel sollten sich immer wieder fragen, ob sie die Verantwortung für die nicht ausreichenden Selbstschutzmaßnahmen im zivilen Bereich übernehmen können. Eine echte, von Verantwortung getragene Aufklärung der Zivilbevölkerung und unüberhörbare Aufrufe zur Tat würden sicher eine entsprechende positive Resonanz finden. In Selbsthilfe könnte ohne großen Aufwand an Mitteln viel getan werden.

Zahlen sprechen

Bilanz der DLRG

Insgesamt 707 Menschen (1967: 919) wurden im vergangenen Jahr von der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) im Bundesgebiet und West-Berlin vor dem Ertrinken gerettet. Dabei erfolgte der Einsatz der Rettungsschwimmer in 112 Fällen unter Lebensgefahr bzw. unter besonders schwierigen Umständen (1967: 132). Bei 153 Geretteten (1967: 214) mußten Wiederbelebungsverfahren angewendet werden. Außerdem leisteten Rettungsschwimmer in 28 320 Fällen „Erste Hilfe“ (1967: 32 194) und nahmen 3571 Bergungen von Wassersportlern usw. vor (1967: 3060).

Von der DLRG wurden 1968 insgesamt 577 831 Schwimmprüfungen (1967: 552 503), davon 217 989 bei weiblichen Personen (1967: 206 257), abgenommen.

Ferner legten 108 204 Rettungsschwimmer (1967: 115 780), davon 18 692 weibliche (1967: 18 812), ihre Prüfung ab.

Die Zahl der von der DLRG in den letzten 19 Jahren Ausgebildeten hat sich damit auf fast 7 Millionen, darunter über 1,23 Millionen Rettungsschwimmer, erhöht. — 38 454 Menschen — das entspricht der Einwohnerzahl einer mittleren Stadt — wurden in dem Zeitraum von 1950 bis 1968 von der DLRG vor dem Ertrinken gerettet, davon 6487 unter besonders schwierigen Umständen. Außerdem wurde in dieser Zeit in fast 370 000 Fällen „Erste Hilfe“ geleistet.

Die DLRG unterhielt 1968 im Bundesgebiet insgesamt 1633 Rettungswachstationen (1967: 1482), davon 651 in festen Gebäuden (1967: 563). Die Zahl der im vergangenen Jahr geleisteten freiwilligen Wachstunden der Rettungsschwimmer belief sich auf 1 327 195 (1967: 1 319 251). Neben 508 Motorbooten standen für den Rettungswachdienst insgesamt 372 Ruderboote, 217 Rettungsbretter, 754 Wiederbelebungs- und 969 Tauchgeräte sowie 99 Einsatzwagen und 467 Funksprechgeräte zur Verfügung.

Bei Katastrophenfällen waren im vergangenen Jahr 504 Sonder-einsätze der DLRG notwendig, die darüber hinaus an 124 Orten einen Eisrettungsdienst unterhielt. Bei Lehrgängen der DLRG wurden 1968 insgesamt 429 110 Teilnehmer registriert (1967: 347 751). Der DLRG sind im Bundesgebiet in 14 Landesverbänden mit 2363 Gliederungen rund 230 000 Mitglieder angeschlossen. 20 Auslandsgruppen der DLRG gibt es u. a. in Nord- und Südamerika, Afrika, Asien, Südeuropa und Skandinavien.

Die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft, die ihre Rettungseinrichtungen vornehmlich durch Spenden unterhält, appelliert an die Bevölkerung, sie auch weiterhin durch Spenden auf das Post-scheckkonto Essen 11 51 im Kampf gegen den Ertrinkungstod zu unterstützen.

Hausapotheke ja - aber sie muß überwacht werden

Die Hausapotheke und der Verbandkasten können und dürfen nicht die ärztliche Behandlung ersetzen, aber sie können bei leichten Verletzungen und Unpäßlichkeiten von großem Nutzen sein. Gewiß haben sie auch bei der Erste-Hilfe-Leistung schon so manches Leben gerettet, ehe ein Arzt zur Stelle sein konnte. Neben Verbandmitteln, einigen Arzneimitteln wie Schmerztabletten usw. sowie Arzneimitteln, die vom Arzt für den Dauergebrauch verordnet sind, sollte die Hausapotheke auch Fieberthermometer, Desinfektionsmittel usw. enthalten. Sie muß aber gepflegt und überwacht werden. Es ist nicht damit getan, sich einmal einen Vorrat an Medikamenten und Verbandstoffen anzulegen. Gibt es doch Medikamente, die nach einer gewissen Zeit ihre Wirksamkeit verlieren bzw. sogar gesundheitliche Schäden hervorrufen. Am einfachsten ist es, alle zwei Jahre die Hausapotheke zu überprüfen und bei Unklarheiten den Apotheker zu Rate zu ziehen, der dafür der berufene Fachmann ist. Wichtig ist noch, die Hausapotheke vor dem Zugriff durch Kinder zu schützen, denn Arzneimittel gehören nicht in Kinderhand.

wfj

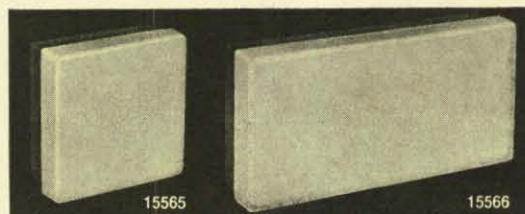


FRIWO

Sicherheitsleuchten

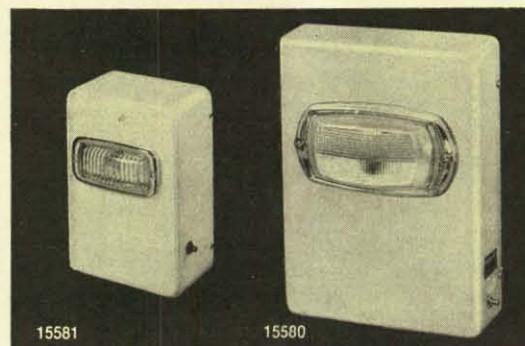
geben für 1, 2 oder 3 Stunden automatisch Licht, wenn der Netzstrom ausfällt.

Sie verhüten Paniken und Unfälle, schützen vor Personen- und Sachschaden. Sie sind unentbehrlich in Wohn-, Büro- und Geschäftshäusern, in Industrieanlagen, Bahnhöfen, Flughäfen und Verkehrsmitteln. Ihr Anwendungsbereich ist nahezu unbegrenzt. Sobald die Netzspannung zurückkehrt, schalten sie auf Ladung um. Ihre Sicherheit und lange Lebensdauer beruhen auf elektronischen Bauteilen und gasdichten Akkus.



Typ 15565 als Panikleuchte, Typ 15566 als Not- oder Panikleuchte, die formschönen Lösungen für hohe gestalterische Ansprüche.

Notlicht-Einbauelemente in Kompaktbauweise als Notstromquelle für vorhandene Leuchten.



Typ 15580/15581 in robustem Stahlblech- oder Preßstoffgehäuse, auch in Schutzart P 44 n. DIN 40050. In Kleinbauweise zur Markierung von Fluchtwegen und Gefahrenstellen, auch (Ex)-geschützt n. VDE 0171.

FRIEMANN & WOLF GMBH

41 Duisburg · Telefon (02131) 33 1051 · Telex 08 55543
Akumulatoren · Sicherheitsleuchten · Grubenleuchten



⇄ 7524

~~katastrophen!~~

Und dann?

Analyse eines Begriffs Mobilisierung von Geist und Technik zur Abwehr und Überwindung von Gefahren und Schäden

Von Oberingenieur Georg Feydt

Nachdem in allen Bundesländern die Maßnahmen zur Durchführung des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes anlaufen, erscheint es notwendig, zunächst einmal den Begriff „Katastrophe“ zu klären.

Nur allzu oft wird heute durch die Sucht, Superlative zu gebrauchen, der Begriff „Katastrophe“ schnell und bedenkenlos für Situationen angewandt, bei denen keinesfalls von einer Katastrophe im Sinne des Gesetzes gesprochen werden kann. Diese Feststellung gibt Veranlassung, den Versuch zu unternehmen, die Bedeutung des Wortes „Katastrophe“, das der griechischen Sprache entnommen ist, zu klären.

Katastrophe bedeutet etwa im ursprüng-

lichen Sinne eine Umkehrung; eine Umkehrung der vor dem Ereignis bestehenden Lebens- und Besitzverhältnisse der durch sie Betroffenen. Nach den neuesten Sprachwörterbüchern finden wir unter Katastrophe auch Erklärungen wie „unglückliche Wendung, großes Unglück“. Im Sprach-Brockhaus wird Katastrophe mit „Zusammenbruch und schweres Unglück“ definiert.

Allein von diesen Hauptwörtern ausgehend, findet man schwerlich eine Erklärung, die für den praktischen Fall anwendbar ist. Eher noch sollten wir der Erklärung des Eigenschaftsworts „katastrophal“ nachgehen. Dieses besagt nämlich im Ullstein-Fremdwörterlexikon „verhängnisvoll, verheerend“ und im Sprach-Brockhaus „furcht-

bar, schreckensvoll, vernichtend“. Aus diesen Aussagen ist zu erkennen, daß der Begriff „Katastrophe“ Ereignisse von sehr großer und die Allgemeinheit betreffender Tragweite bezeichnen sollte und daß wir unsere Sammelbezeichnung Katastrophe vor allem in bezug auf den Vergleich mit „Unfällen und Unglücksfällen“ korrigieren müssen.

Es ist schwierig, durch Wörter allein eine eindeutige Definition des Begriffes „Katastrophe“ zu geben. Wir wollen aber schon jetzt wesentliche Merkmale festlegen, die uns diese Aufgabe erleichtern können.

Ein *Unfall* hat folgende charakteristische Merkmale:

Er ist ein Schadenereignis mit verhältnismäßig geringem Umfang;

er kommt häufig vor;

er zieht nur Einzelpersonen oder kleinere Gruppen von Personen bzw. nur vereinzelt Sachwerte in Mitleidenschaft.

Dann könnte man für ein *Unglück* als Charakteristikum festlegen:

Ein Unglück ist ein Schadenereignis größeren Umfanges, das jedoch nicht die Allgemeinheit betrifft;

weniger häufig vorkommend;

ein Ereignis, das kleinere oder größere Personengruppen bzw. Sachwerte mehrerer Besitzer oder Eigentümer in Mitleidenschaft zieht.

Im Gegensatz dazu sind die wesentlichen Merkmale einer *Katastrophe* folgende:

Menschliches Leben ist vernichtet und/oder bedroht;

das normale soziale Gefüge der Betroffenen ist zerbrochen oder zerstört;

die Katastrophe hat eine Größenordnung, die im Hinblick auf die Zahl der betroffenen Menschen und/oder den betroffenen Raum sowie die betroffenen Sachwerte eindeutig diejenige des Unfalles oder des Unglückes übersteigt;

die Katastrophe hat den Charakter des Außergewöhnlichen, wodurch das Interesse der Allgemeinheit berührt wird;

übliche Mittel der Unfallhilfe und des Rettungswesens sind überfordert.

Zusammenfassend legen wir an dieser Stelle den *Merksatz* fest, *Katastrophenhilfe* darf nicht mit Unfallhilfe und Rettungswesen verwechselt werden. Sie ist umfassender und stellt höhere und andere Anforderungen.

Geschichtlicher Rückblick

Zur Festlegung des Begriffes „Katastrophe“ ist es angebracht, einen Rückblick zu hal-

ten, was geschichtlich gesehen über Jahrhunderte hinaus als klassische Katastrophe überliefert worden ist. Dieses Verfahren bringt eine automatische Ausscheidung der vielleicht in früheren Zeiten auch einmal als Katastrophe bezeichneten, aber in Wirklichkeit unter großen Unglücken einzureihenden Ereignisse.

Bei Betrachtung der uns über lange Zeit hin erhaltenen Berichte über Katastrophen zeigt sich, daß als schwerste Katastrophe in der Weltgeschichte überwiegend Erdbeben bezeichnet sind. Wenn auch in früheren Jahren Hurrikane, Tornados und Taifune aufgetreten sind, so kristallisiert sich doch in der geschichtlichen Überlieferung heraus, daß der Schadenumfang dieser — heute ebenfalls als Katastrophe bezeichneten — Ereignisse wahrscheinlich nicht so bedeutungsvoll war.

Die Gebiete der historisch erhaltenen Berichte über Großbeben und Weltbeben finden wir in den Schwächezonen der Erdkruste. Sie liegen fast überwiegend in den Küstengebieten des Pazifischen Ozeans und des Stillen Ozeans, erstrecken sich aber auch noch bis in das Gebiet des Indischen Ozeans, um sich dann in unseren Breiten über Persien, die Türkei und die Mittelmeerländer bis an die Grenzen Europas vorzuschieben.

Suchen wir eines der geschichtlich überlieferten Großweltbeben in unserem Gebiet, so dürfte das vom 1. 11. 1755 bei Lissabon eines der am meisten zu beachtenden sein. Die Abb. 1 zeigt uns den Wirkungsbereich dieses Weltbebens. Wir erkennen aus dieser Karte, daß nicht nur innerhalb der gestrichelten Ellipse Erschütterungsgebiete in Erscheinung treten (weiße Umrandung), sondern daß besonders Flutwellen des Ozeans die Küsten beeinflussten und sogar in verschiedenen Binnengewässern Niveauschwankungen beobachtet wurden.

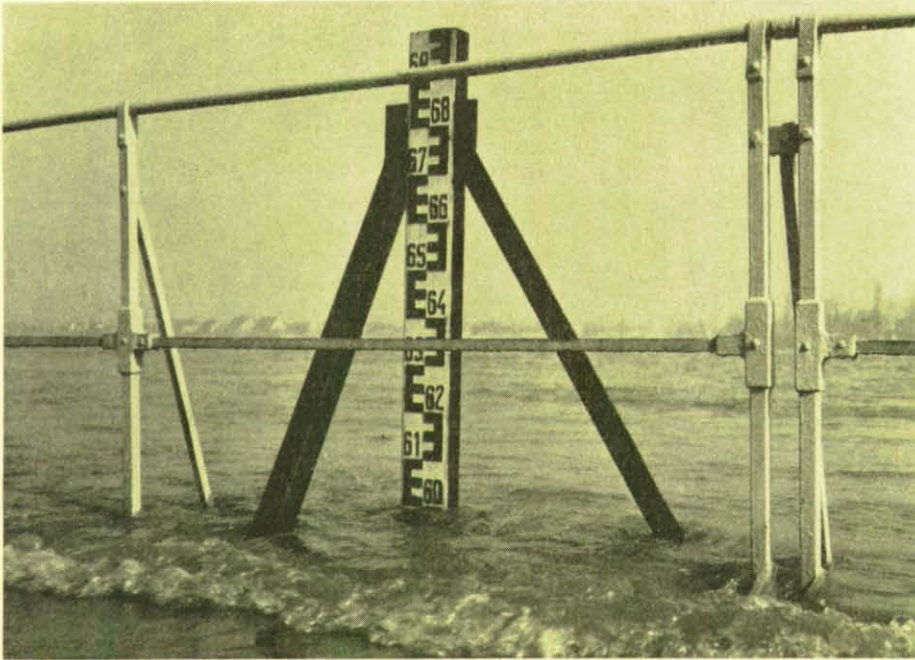
Wie verheerend die Auswirkungen dieses Bebens waren, geht aus Aufzeichnungen der Betroffenen hervor, die sich fragten: „Ist dies der Tag des Jüngsten Gerichts?“

Zehntausende flüchteten im Sturm einer Panik aus der wankenden Stadt. Unheimlich viele aber wurden in ihren Häusern und in den Kirchen, in denen sie zu Allerheiligen dem Gottesdienst beiwohnten, von den zusammenbrechenden Gebäuden zerschmettert und begraben. Lissabon, eine der schönsten Städte der damaligen Zeit, ist nach dem Beben nie wieder in seiner alten Form erstanden.

Von den Ausläufern der Pyrenäen bis zur Meerenge von Gibraltar und noch jenseits derselben — in Marokko — stürzten Zehntausende von Gebäuden ein, und noch heute spricht man davon, daß die Verluste in der Größenordnung von 40 000 Menschen gelegen haben. Wie viele in Lissabon



Ein Großbrand kann sich schnell zu einer Katastrophe ausweiten, bei der Menschenleben vernichtet und bedroht und Sachwerte zerstört werden.



Hat der Pegelstand eine bestimmte Höhe erreicht, müssen von den hierfür zuständigen Stellen Vorsorge-maßnahmen getroffen werden.

selbst starben, ist nicht verbürgt. Zunächst sprach man von 100 000 Toten, aber wie üblich, klärt die Zeit diese Zahlen, und die Schätzung von 30 000 Toten dürfte zutreffend sein.

In unserem Jahrhundert sprach man zunächst nicht allzuviel von Erdbeben in europäischen Gebieten, bis sich in letzter Zeit auch hier Erdbeben häufen und sich fast jedes Jahr einige nennenswerte Erdbebenkatastrophen ereignen. So finden wir 1954 ein Erdbeben in Algerien bei Orleansville, in Marokko die Katastrophe von Agadir, gefolgt vom Erdbeben in Skopje, Jugoslawien, im Jahr 1963 und von den Erdbeben in der Türkei, in Persien und von kleineren Beben in den Mittelmeerländern. Das letzte Beben auf Sizilien dürfte allen Lesern noch aus den Zeitungsberichten in Erinnerung sein. Wann und wo die Erdbeben wieder auftreten werden, wissen wir nicht. Aber sicher müssen wir damit rechnen, daß trotz aller modernen Technik die Abwehrmaßnahmen und die Maßnahmen, ein Überleben und Weiterleben zu ermöglichen, immer noch recht mangelhaft sind.

Katastrophenhilfe in der Schweiz

Die Schweizer, bekannt durch die Tradition des Internationalen Roten Kreuzes, Hilfe in aller Welt zu leisten, verfügen über eine ständige Luftschutztruppe in der Größenordnung von etwa 28 000 Mann, von denen sich laufend Rekrutenkompanien in der Ausbildung befinden und Milizkompanien ihre Übungen durchführen, so daß mit einer ständigen Präsenz von Einheiten gerechnet

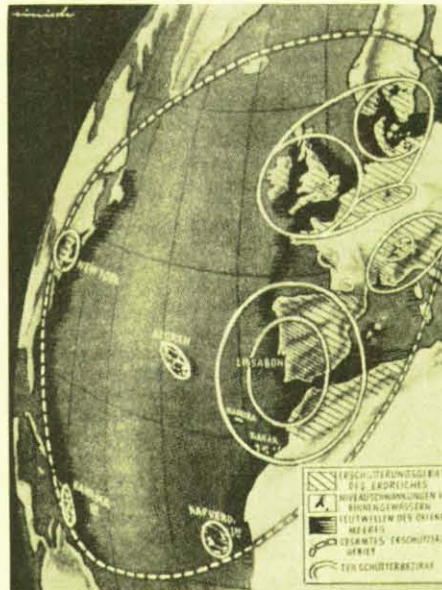


Abb. 1

Wirkungsweise des Weltbebens von Lissabon
(nach: Leithäuser, Katastrophen)

werden kann, die in der Katastrophenbekämpfung geübt sind.

Auf Grund der Gegenwärtigkeit dieser Spezialtruppen stellte man in der Schweiz Überlegungen an, inwieweit es möglich sein könnte, zur Verbesserung der ständigen Übung diese Spezialtruppen bei Katastrophen im Ausland Hilfe leisten zu lassen. Diese Überlegungen wiederum führten dazu, daß man zunächst eine Studie über die Katastrophenhilfe im allgemeinen erstellte und in letzter Zeit im Anschluß an die Katastrophe von Mattmark und dem dortigen Rettungseinsatz diese Bestrebungen intensivierte. Sie fanden ihren Niederschlag in parlamentarischen Interventionen und privaten Vorschlägen. Im Nationalrat erfolgte durch die Annahme der Motion Furgler (St. Gallen), mitunterzeichnet von 57 Nationalräten, eine weitere Verstärkung der Initiative mit folgendem Wortlaut: „Der Bundesrat wird eingeladen, die Bereitstellung einer nicht bewaffneten, aber militärisch organisierten Truppe für Katastrophenhilfe zum Wiederaufbau kriegsgeschädigter Gebiete oder zur Unterstützung bei Katastrophen verschiedener Art im In- und Ausland (Überschwemmungen, Dammbürche, Erdbeben, Sturmschäden, Hungersnot usw.) zu prüfen und den eidgenössischen Räten bis Ende 1968 Bericht zu erstatten.“

Diese Motion wurde im Dezember 1967 vom Ständerat oppositionslos angenommen und in den Bundesrat überwiesen. Unterlagenstudien sind in Angriff genommen und die Grundkonzeption vom Eidgenössischen Amt für Zivilschutz erarbeitet. Im Zusammenwirken mit den sanitätsdienstlichen Stellen und den Luftschutztruppen werden die Grundlagen für die Aufstellung einer solchen Spezialtruppe diskutiert.

Verschiedene nicht zu unterschätzende Schwierigkeiten treten dabei allerdings materiell und finanziell sowie rechtlich und psychologisch in Erscheinung. Trotzdem ruht dieser Gedanke nicht und hat im Zusammenhang mit der Festlegung des Begriffes „Katastrophe“ dazu geführt, daß ein Offizier des Generalstabs der Schweiz eine Studie anfertigte, die die Festlegung einer Dringlichkeitsziffer für die Katastrophenhilfe im Zusammenhang mit der Erstellung eines Katastrophenprofils aufgrund ein-

Katastrophenprofil für Rotterdam

20.1.1968

4				X	—	X	—
3	—	X	—	X	—	X	—
2							
1							

Gesamt-Dringlichkeitsziffer (3+3+3+4+4) = 17

Mittel: 17 : 5 = 3,4

Abb. 2



Bei Lawinen-Unglücken ist in den meisten Fällen nur eine Gruppe von Menschen betroffen. Rettung und Hilfe kann örtlich geleistet werden.

gehender Erkundung als außerordentlich brauchbare Methode zum Ergebnis hatte.

Die Abb. 2 und 3 und die Tabelle der Kriterien und Dringlichkeitsziffern geben uns anhand von zwei Katastrophen der letzten Zeit Beispiele für diese Methode. Abb. 2 zeigt das Katastrophenprofil am Beispiel einer Explosionskatastrophe bei der Rotterdamer Shell-AG.; Abb. 3 das Katastrophenprofil am Beispiel des Wirbelsturms in Pforzheim.

In der Tabelle der Kriterien sind die Kennzeichen einer Katastrophe in 5 Spalten, je nach dem steigenden Maße des unter jedem einzelnen Gesichtspunkt in Erscheinung tretenden Schadenumfanges, unter 4 Dringlichkeitsziffern eingeordnet. Betrachten wir nun die Übertragung der Ta-

bellennwerte in die Katastrophenprofile, so gilt für die Explosionskatastrophe in Rotterdam, daß dort ein Großbetrieb, industrialisiert, und zwischen 100 bis 1000 Betroffene in Mitleidenschaft gezogen waren und daß der Schadenumfang sehr groß und der Charakter der Katastrophe unvorhergesehen und schnell gewesen ist. Es wären also die ersten drei Feststellungen in der Spalte 1 bis 3 unter 3, die letzten zwei in der Spalte 4 und 5 unter 4 einzutragen. Das Ergebnis der Auswertung (Summe der 5 Spalten) ergibt 17, und wiederum geteilt durch die Zahl der Spalten 5 = 3,4 als Dringlichkeitsziffer.

In Abb. 3 sind die Erstellung des Katastrophenprofils und die Ermittlung der Dringlichkeitsziffer noch einfacher. Es handelt sich nicht nur um Pforzheim, sondern um mehrere Gemeinden. Sie waren städtisch und industrialisiert, von mehr als 1000 Betroffenen bewohnt, und der Schadenumfang war wiederum sehr groß und trat unvorhergesehen und schnell ein. Die Summe der Spalten ergibt 20, geteilt durch 5 = 4.

Katastrophenprofil für Pforzheim

10.7.1968

4	— X —	— X —	— X —	— X —	— X —
3					
2					
1					

Gesamt-Dringlichkeitsziffer (4+4+4+4+4) = 20

Mittel: 20 : 5 = 4

Abb. 3

Wir projektieren, liefern und montieren

Schutzraum-Belüftungen

für den zivilen Luftschutz und Truppenunterkünfte



Unsere Anlagen entsprechen den neuesten Erkenntnissen und Richtlinien.

GEGR. 1882

MASCHINENFABRIK · APPARATEBAU

GEBR. HERRMANN

5 KÖLN-EHRENFELD · GRÜNER WEG 8-10
TELEFON 523161 · FS 08-882 664

Packende Fotos - Viele Farbbilder
Spannende Reportagen aus allen
Bereichen des Sports - Autotests



ein Spiegel
des Sports

Alle 14 Tage · DM 1,20 · Kostenloses Probeexemplar vom Verlag SPORT-ILLUSTRIERTE, München 13, Schellingstr. 39

ZB

Einbanddecken

für Jahrgang 1968
Halbleinen
mit Rückenprägung

Preis: **DM 2,50** zuzügl. Porto

ZIVILER BEVÖLKERUNGSSCHUTZ
im Verlag

Münchner Buchgewerbehaus GmbH
8 München 13, Schellingstraße 39/41

Die Festlegung des Katastrophenprofils und vor allem der Dringlichkeitsziffer muß zur Diskussion gestellt werden, um eine eindeutige Regelung für den gesamten Katastrophendienst zu finden.

An den letzten beiden Beispielen erkennt man, daß u. U. die Tabelle der Kriterien und Dringlichkeitsziffern um 2 Spalten bis zur Ziffer 6 nach oben erweitert werden sollte. Dabei würde sich zwangsläufig ergeben, daß bis zur Ziffer 2 der Dringlichkeitsziffer noch nicht von Katastrophe gesprochen werden kann, sondern von einem größeren oder großen Unglück. Dies aber bleibt der Zukunft überlassen, wenn endlich einmal eine eindeutige Definierung des Begriffes „Katastrophe“ möglichst international getroffen wird.

Im Zusammenhang mit Katastrophen müßte man auch eingehend die psychologischen Auswirkungen auf die Betroffenen erörtern. Dies soll aber einer späteren Arbeit vorbehalten bleiben.

Vorbeuge- und Vorsorgemaßnahmen

Eine Betrachtung der Vorbeuge- und Vorsorgemaßnahmen macht es notwendig, zu-



nächst einmal festzustellen, welche Möglichkeiten der Hilfe bei Katastrophen überhaupt gegeben sind. Diese wiederum sind abhängig von der Art der Katastrophe. Ein klassisches Beispiel, das natürlich nicht erschöpfend ist, könnte wie folgt gegliedert sein:

1. Naturkatastrophen

Hochwasserkatastrophen
Sturmflutkatastrophen
Sturmkatastrophen
Erdbebenkatastrophen
Waldbrandkatastrophen

2. Zivilisationskatastrophen

Grubenkatastrophen
Industriekatastrophen
Reaktorkatastrophen
Verkehrskatastrophen (einschl. Schiffs- und Flugzeugkatastrophen)
Eisenbahnkatastrophen
Brandkatastrophen in bewohnten Ortschaften

3. Katastrophale Ausmaße ansteckender Krankheiten

Pandemien (bekannte Erreger)
Epidemien (bekannte Erreger)
Einschleppung unbekannter Erreger aus dem Weltraum

Ob diese Übersicht durch Untergliederung der Industriekatastrophen noch erweitert werden soll oder ob der laufende Fortschritt der Technik der Sicherheitsmaßnahmen ein Nachlassen der Häufigkeit von Industriekatastrophen mit sich bringt, muß zunächst dahingestellt bleiben.

Die Art der Katastrophe beeinflusst die Vorbeuge- und Vorsorgemaßnahmen sowie die Möglichkeiten der Hilfe.

Diese sind in der folgenden Tabelle (Abb. 4) dargestellt. Aus ihr ersehen wir, daß die Möglichkeiten der Hilfe ebenfalls durch die jeweilige Lage beeinflusst werden.

Überörtliche Einheiten versorgen nach einer Katastrophe die Bevölkerung mit Trinkwasser.

Die zu ergreifenden Maßnahmen können in vier Kategorien eingeteilt werden:

Die vorsorglichen Maßnahmen, die vor Eintritt einer Katastrophe durch die Katastrophenausschüsse vorbereitet sein müssen; die Sofortmaßnahmen, die während oder unmittelbar nach dem Ereignis anzulaufen haben;

die Sicherheitsmaßnahmen, die die umfassende Hilfe nach dem Ereignis darstellen; die Abschlußmaßnahmen, die die Rückkehr zum Normalzustand ermöglichen sollen.

Vorsorgliche Maßnahmen

Aufstellung von Einsatzplänen für die im Operationsgebiet des Einsatzstabes möglichen Katastrophen nach umfassender Erkundung des Gebietes.

Übersichtliche Aufstellung der zur Verfügung stehenden Führungsorgane, Einsatzkräfte und Einsatzmittel.

Alarmpläne für Führungskräfte und Helfer sowie Einsatzmittel.

Sicherstellung der Funk-, Sprechfunk- und Fernmeldeverbindungen für den Alarm- und Einsatzfall.

Feststellung der Belastbarkeit von Brücken und besonderen Engpässen sowie Gefahrenpunkte auf den Bewegungsstraßen der Katastrophenschutzeinheiten; Festlegung bestimmter vorsorglicher Einsatzpläne für besondere Gefahrenpunkte.

Aufklärung der Bevölkerung in Natur- oder Industriekatastrophen-Gebieten und der Belegschaften besonders gefährdeter Industriebetriebe.

Durchführung von Planbesprechungen, Planspielen und Katastrophenschutz-Einsatzübungen zur Ausbildung der Kräfte und zur Feststellung von Mängeln der vorgesehenen Maßnahmen mit der Möglichkeit, die Planung zu korrigieren.

Sofortmaßnahmen

Ermittlung von Katastrophenprofil und Dringlichkeitsziffer aufgrund der Angaben durch die alarmierende Stelle.

Warnung der Bevölkerung (sofern Ereignis voraussehbar ist); Alarmierung der Führungsorgane und Einsatzmittel und -kräfte, Sicherstellung der Verbindungen.

Sofortige Erkundung des tatsächlichen Umfangs der Katastrophe durch Erkundungskommandos.

Bergung — verbunden mit Erster Hilfe — durch schnelle Einsatzmittel.

Schnellste Durchführung des Absperr- und Ordnungsdienstes.

Benachrichtigung von Staatsanwaltschaft und Kriminalpolizei im Fall der vermuteten willkürlichen Auslösung einer Katastrophe.

Besondere Maßnahmen

Lagebeurteilung am Katastrophenort durch die gesamtverantwortliche Einsatzleitung.

Betreuung geretteter und geborgener Personen sowie Versorgung derselben.

Durchführung technischer Sicherungs- und Vorbereitungsarbeiten.

Bergung von lebenswichtigen Gütern.

Räumung gefährdeter Gebiete von der Bevölkerung.



Oben: Als Vorsorge für Katastrophen müssen ausgebildete Helfer zur Verfügung stehen. In ihrer Freizeit beteiligen sie sich an Lehrgängen und Übungen, um im Ernstfall helfen zu können. Links: Der Selbstschutz kann bei einer Katastrophe wertvolle Hilfe leisten.

Möglichkeiten der Hilfe

- I. **Kein Einfluß** auf Verluste und Schadensumfang möglich
Beispiel: die meisten Abstürze von Großverkehrsflugzeugen
- II. **Nur die Verluste beeinflussbar**
Beispiel: Erdbebenkatastrophe
- III. **Verluste und Schadensumfang beeinflussbar**
Beispiel: die meisten Brandkatastrophen
- IV. **Keine Verluste.** Schadensumfang beeinflussbar
Beispiel: viele Waldbrände

Abb. 4

Durch Organe des Ordnungsdienstes Verhinderung von Diebstählen und Plünderung. Beginn der provisorischen Reparaturen und Instandsetzungen.

Verbindungsaufnahme zur Presse und Information von Presse, Rundfunk und Angehörigen der Betroffenen.

Abschlußmaßnahmen

Instandsetzung von Gebäuden; Behebung der Schäden; Durchführung der Maßnahmen zur Rückkehr zum Normalzustand.

Verwaltungstechnische Maßnahmen, die notwendig sind, zu einem bestimmten Zeitpunkt die Rückkehr der Bevölkerung und die Wiedereingliederung des Katastrophengebietes in das Staatsleben sicherzustellen. Aus dieser Übersicht ist zu ersehen, daß ein tadellos funktionierender und straff organisierender Führungsstab für jedes Katastrophengebiet vorhanden sein muß. Das allein genügt aber nicht. In das Aufgabengebiet der Helferinnen und Helfer des Bundesverbandes für den Selbstschutz fällt es, die psychologische Belastung der Bevölkerung, die durch Ausbruch von Paniksturm oder Panikstarre nach Eintritt der Katastrophe zu erwarten sein wird, durch vorbildhafte aktive Hilfeleistung und durch Betreuung der Betroffenen zu mildern oder zu verhindern, aus den Reihen der Betroffenen geeignete Persönlichkeiten, die nicht in Panik verfallen sind, auszuwählen und sinnvoll zur Unterstützung der geschulten Hilfskräfte zum Einsatz zu bringen.

Es ist weiterhin die Aufgabe besonnener Helfer, die Betreuung der obdachlos gewordenen Personen und evtl. Geflüchteten zu übernehmen und Verletzten Erste Hilfe zu leisten. Nach Eintreffen geschulter Hilfseinheiten sollten sich die Helfer des BVS diesen zur Verfügung stellen, um die Maßnahmen für die Ermöglichung und Wertmachung des Weiterlebens im Katastrophengebiet zu beschleunigen.

Tabelle der Kriterien und Dringlichkeitsziffern

Ziffer	Ausdehnung des betroffenen Gebietes	Grad der Verstädterung und/oder der Industrialisierung	Anzahl der betroffenen Personen	Schadensumfang	Charakter der Katastrophe
4	mehrere Gemeinden	städtisch und industrialisiert	mehr als 1000	sehr groß	unvorhergesehen und schnell
3	eine einzige Gemeinde, Großbetrieb	städtisch oder industrialisiert	zwischen 100 und 1000	relativ begrenzt oder aufgelockert	unvorhergesehen und fortschreitend
2	Wohnblock (10 bis 20 Gebäude)	weder städtisch noch industrialisiert	weniger als 100	gering	vorhergesehen und schnell
1	Einzelhäuser Gutshof	unbesiedelt	vereinzelt bis 0	keine Schäden	vorhergesehen und fortschreitend

Bisher wurde nicht genug getan

Bundestag weicht dem Problem des Zivilschutzes aus

Das Redaktionsmitglied der Stuttgarter Nachrichten, Joachim Kannicht, hatte kürzlich ein Interview mit Dr. med. Bernhard Degenhard, Präsident der Landesärztekammer Baden-Württemberg, Vizepräsident der Bundesärztekammer und des Deutschen Ärztetages, der zuvor bei einer Veranstaltung des Verteidigungskreis-Kommandos Stuttgart seine Besorgnis über den derzeitigen Stand der Schutzvorrichtungen und über die „Sicherstellung der ärztlichen Versorgung im Verteidigungsfalle“ ausgedrückt hatte. Da im Weißbuch 1969 zur Verteidigungspolitik der Bundesregierung eine Zusammenfassung aller wichtigen militärpolitischen Grundsätze und Probleme vorgelegt und auf die Bedeutung der zivilen Verteidigung hingewiesen wird, sind die Gedanken des Präsidenten der Landesärztekammer von besonderer Aktualität. Mit freundlicher Genehmigung der Stuttgarter Nachrichten (StN) und des Autors veröffentlichen wir nachstehend dieses Interview.

StN: Mit den Atombomben und chemischen Waffen ist die Gefährdung der Zivilbevölkerung im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung ins Unvorstellbare gewachsen. Ist ein Schutz überhaupt noch möglich?

Dr. Degenhard: Das Ausland, vornehmlich Amerika, hat sich in zahllosen Statistiken mit dem Ausmaß der Verluste an Menschenleben im Falle eines Atomangriffs befaßt. Bei aller Grausamkeit, die die vorliegenden Zahlen enthüllen, stimmen die Angaben darin überein, daß eine totale Auslöschung der Menschheit nicht erreicht werden kann. Es besteht demnach die Möglichkeit zu überleben. Die Chance ist abhängig vom Grad des Bereitseins und vom Grad des Schutzes.

StN: Als Arzt wissen Sie, wie wichtig die Prophylaxe zur Vermeidung von Krankheiten ist. Ließe sich der Gesichtspunkt der Fürsorge für den Ernstfall nicht auch auf das Gebiet des Zivilschutzes übertragen?

Dr. Degenhard: Unsere Zahlenvorstellungen werden sich hier einpassen müssen. Beim Geld und bei den Toten. Die eiserne Maxime der Humanitas sagt aber klar aus, daß jedes Menschenleben einen höheren Wert darstellt als ein Haufen Dollars oder Deutsche Mark. Unser Bundestag befindet sich in Dauerflucht vor dem Problem des Schutzes des „gemeinen“ Volkes. Die Politiker zeigen zwar ein verdächtiges Interesse an der von den Ärzten reinen Geistes geforderten allgemeinen Prophylaxe. Die



**Dr. med. Bernhard Degenhard,
Präsident der Landesärztekammer
Baden-Württemberg**

kostspielige Früherfassung selbst seltener Erkrankungen, die im Verhältnis 1:50 000 bei Säuglingen vorkommen, ist in Parlamenten erfolgreich verlangt worden. Die Forderung nach einer Prophylaxe für das im Verteidigungsfalle akut bedrohte Leben von 59 Millionen deutscher Bundesbürger aber ruft lediglich das Gefühl der Belästigung durch etwas sehr Unangenehmes hervor.

StN: Die vorhandenen Informationen über die Wirksamkeit nuklearer und anderer Waffen haben das Gefühl verbreitet, daß es ja doch keinen Zweck habe, sich schützen zu wollen. Eine nicht geringe Zahl von Professoren hat ebenfalls diese Meinung vertreten. Ist das gerechtfertigt?

Dr. Degenhard: Professorale Einsprüche verhindern keinen einzigen Bombenwurf. Von der Naturwissenschaft, die kräftig an der Entstehung der heutigen Waffensituation mitgewirkt hat, erwarten wir dringend Mittel, die uns und die Welt vor der Vernichtung schützen. Keinesfalls sind aber ihre Vertreter aktiv legitimiert, selbst zweifelhafte Schutzvorkehrungen eines schwachen, durch seine geographische Lage in Europa besonders exponierten Landes zu verhindern oder lächerlich zu machen.

StN: Glauben Sie, daß auf dem Wege der Aufklärung – wie sie ja auf einzelnen medizinischen Gebieten seit einiger Zeit erfolgt – auch im Hinblick auf die Abwehrbereitschaft eines Volkes eingewirkt werden kann?

Dr. Degenhard: Ja. Wenn man sich schützen will oder soll, muß man wissen wogegen. Darum ist Voraussetzung jeden Schutzgedankens die Information, das ist die Übermittlung von Kenntnissen der Tatsachen und vom Verständnis ihrer Zusammenhänge. In Deutschland ist das Bedürfnis, sich über die Wirkung moderner Waffen, einschließlich Pflastersteine, zu orien-

tieren, auffallend gering. Unsere jungen Leute scheuen die Konfrontation mit „überholten“ Begriffen wie Krieg, Angriff und Verteidigung. Es kann einfach nicht sein, was nicht sein darf. Uns deutschen Ärzten ist die psychologische Seite dieses Verhaltens auch aus anderen Erfahrungen klar. Wir haben ja die ärztliche Aufklärungspflicht. Dabei erleben wir, daß wir getrost mit einem Patienten über den Krebs des bedauernswerten Herrn Dingsda sprechen können, aber bei Äußerung eines Krebsverdachts beim Patienten selbst wechselt er den Arzt.

StN: Wie beurteilen Sie als Arzt den gegenwärtigen Stand des Schutzes für die Zivilbevölkerung, insbesondere die ärztliche Versorgungslage und den Krankenhausbau?

Dr. Degenhard: Auch die fürchterlichste Waffe hat irgendwo Grenzen ihrer Wirksamkeit, und gerade die Kenntnis der Grenzen der Gefahren ist lebensentscheidend. Hierbei muß ich – leider – auf die stählernen und gläsernen Bauwerke von Architekten eingehen, die im Sommer Sonnengefängnisse sind und im Winter das Gefühl der

Kälte nicht überwinden lassen. Als Krankenhäuser sind sie eine Qual. Eine einzige simple 500-kg-Bombe genügt, um ein Großkliniksviertel unbrauchbar zu machen und von den in der Bundesrepublik registrierten 604 000 Krankenbetten gleich ein paar tausend zu vernichten.

StN: Aus Ihren Worten könnte man schließen, daß die Bundesregierung bisher bei weitem nicht genug getan hat, damit im Ernstfall die Zivilbevölkerung nicht nur ausreichend geschützt, sondern auch ausreichend ärztlich versorgt werden kann. Ist die Lage tatsächlich so unbefriedigend?

Dr. Degenhard: Das Sanitätswesen des zivilen Schutzes wird in einem Referat, einer Unterabteilung des Bundesgesundheitsministeriums, wahrgenommen. Ein einsamer Ministerialrat soll hier die Weichen für die ärztliche Betreuung einer Bevölkerung von nicht zu überbietender Vielfalt in ihrer Zusammensetzung, Altersschichtung, mit ihren Großstädten und dem wenigen Raum für rund 60 Millionen Menschen stellen. Geld hat er auch nicht. Er ist zu bedauern. Aber die in dieser Tatsache erkennbare Gesundheitsvorsorge im Falle des äußeren

Notstandes und für 95 Prozent der Bevölkerung der dann bedrängten Einwohner der Bundesrepublik kennzeichnet die gegenwärtige Lage und muß alarmieren.

StN: Immerhin haben die rein zivilen Hilfsorganisationen des Deutschen Roten Kreuzes, der Malteserverbände und der Arbeiterhilfe den Zivilschutz gewissermaßen in Kommission erhalten. Die Landräte in den Kreisen und die Bürgermeister in den kreisfreien Städten sind ebenfalls mit Aufgaben des Schutzes betraut worden. Ist das nicht immerhin ein Anfang?

Dr. Degenhard: Im ganzen gesehen, beschränkt sich der Staat nur auf eine beratende Tätigkeit. Aber diese reicht bei weitem nicht aus. Nach meinen Vorstellungen muß zu einer zusammengefaßten Organisation eine gemeinsame Führungsspitze auf Bundesebene bestehen, die sich in den Ländern wiederholt. Das Gesundheitswesen untersteht der Länderhoheit. Ein solcher Stab darf darum nicht nur Planungen erstellen können, er muß auch Weisungsrecht erhalten. Ohne diese ist eine schnelle Durchführbarkeit von Beschlüssen, wie dies im Kriege notwendig ist, illusorisch.

Gleichgültigkeit sieht manchmal sehr fortschrittlich aus

... und so wünschen wir dieser modernen, nach den neuesten Erkenntnissen geschaffenen Wohnsiedlung...

Doch was ist tatsächlich? Ein wohnungsbautechnisch gelungenes, idyllisch gelegenes Zeugnis der Gleichgültigkeit. Schlafstadt für heimkehrende Familienväter. Wo nichts anderes bleibt, als den Abend vor dem Fernsehschirm zu verbringen. Kein Theater, keine Bibliothek, keine Eckkneipe. Eine moderne Brutstätte menschlicher Vereinsamung.

So wird heute vielfach die Zukunft verplant. Durch Gleichgültigkeit?

Die Kampagne gegen die Gleichgültigkeit

Aktion Gemeinsam
Eine Vereinigung unabhängiger Bürger
5320 Bad Godesberg,
Postfach 112

Compon diesen Problem nicht Ich stehe gleichgültig gegenüber. Senden Sie mir Ihre Broschüre „Uns geht es gut?“
Name: _____
Anschrift: _____

Nordrhein-Westfalen

■ Neuer Leiter der Landesfeuerwehrschule NW

Ende Januar führte in einer Feierstunde der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Willi Weyer, den zum Direktor der Landesfeuerwehrschule ernannten Oberbrandrat Dipl.-Ing. B. Hentschel in sein neues Amt ein. In seiner Ansprache brachte der Innenminister für das Wirken und Schaffen der Feuerwehren im Lande Nordrhein-Westfalen Lob und Anerkennung zum Ausdruck. Er gedachte der früheren Schulleiter und wünschte dem neuen Direktor alles Gute und ein herzliches „Glück auf“ für sein künftiges Schaffen.

Diplom-Ingenieur Bernhard Hentschel wurde am 28. September 1911 in Görlitz (Schlesien) geboren. Er absolvierte das Architekturstudium an den Technischen Hochschulen in Berlin, Stuttgart und Dresden und begann 1938 mit dem Vorbereitungsdienst für den höheren feuerwehrtechnischen Dienst bei den Berufsfeuerwehren in Breslau, Königsberg und Berlin sowie an der Reichsfeuerwehrschule in Eberswalde. 1939 trat er als Brandingenieur bei der Berufsfeuerwehr Dresden ein, wo er gleichzeitig als Lehrer an der Sächsischen Landesfeuerwehrschule tätig war. Während des 2. Weltkrieges versah er seinen Dienst bei motorisierten Feuerschutzeinheiten und an der Reichsfeuerwehrschule. Nach Kriegsende war er bei Handwerksorganisationen und als Berufsschullehrer tätig. Später wurde er als Oberregierungsbaurat Referent für Brandschutz bei den Bezirksregierungen Pfalz und Rheinhausen. Im Herbst 1964 trat er als Oberbrandrat in den Dienst des Landes Nordrhein-Westfalen und wurde Vertreter des Direktors der Landesfeuerwehrschule NW in Münster.

Wir wünschen dem neuen Leiter und Direktor der Landesfeuerwehrschule NW Glück und Erfolg zu seinem zukünftigen Schaffen.

■ Amtsdirektor lädt ein

Im Rahmen einer von der BVS-Dienststelle Paderborn durchgeführten Aufklärungsaktion wendete sich der Amtsdirektor der Gemeinde Salzkotten in Einzelschreiben mit der Bitte an die Bürger der Stadt, sich im eigenen Interesse über Sinn und Zweck des Selbstschutzes

zu informieren. In dem persönlich gehaltenen Schreiben heißt es u. a.:

... Aller Fortschritt hat es nicht vermocht, Katastrophen jeder Art aus der Welt zu schaffen. Je nach Ausmaß einer Katastrophe kann es erforderlich werden, daß neben den dafür geschaffenen staatlichen Organisationen auch der Bürger selbst mithelfen muß, die ihm und seiner Familie drohenden Gefahren an Leib, Gesundheit und Eigentum abzuwehren.

Diese Selbsthilfe muß im Interesse aller Bürger geschaffen werden. Laut Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes vom 9. 7. 1968 habe ich in meiner Eigenschaft als Hauptgemeindebeamter für den Aufbau der Selbstschutzorganisation in den Gemeinden des Amtsbezirkes Salzkotten zu sorgen.

Ich glaube, daß Sie im Bedarfsfalle Ihre Mithilfe zum Schutz der eigenen Familie und zum Schutz Ihrer unmittelbaren Nachbarn nicht versagen, zumal Sie selbst die Hilfe Ihres Nachbarn und des Staates im Falle der Not erwarten.

Um Ihnen die Möglichkeit zu geben, sich über Sinn und Zweck des Selbstschutzes zu unterrichten, veranstaltet der Bundesverband für den Selbstschutz Aufklärungs- und Informationsabende.

Ich erlaube mir, Sie zur Teilnahme an dieser Veranstaltung einzuladen... (hier folgen Angaben über Ort und Zeit der Veranstaltung)...

Interessierte Familienangehörige, Freunde oder Nachbarn können ebenfalls – unter gleichen Bedingungen – an dieser Veranstaltung teilnehmen.

Hochachtungsvoll
gez.: Unterschrift

Rheinland-Pfalz

■ Gegen Unkenntnis und Vorurteil

Als Hauptsorge des Bundesverbandes für den Selbstschutz bezeichnete der BVS-Dienststellenleiter von Ludwigshafen, Werner Schnur, vor der Presse die Unzulänglichkeit der Gesetzgebung und vor allem die unzureichenden finanziellen Mittel. In der Bundesrepublik gäbe es kein Gesetz, das die Bevölkerung zu Selbstschutzmaßnahmen verpflichtet. Andererseits seien jedoch Regierung und Parlament der Überzeugung, alle staatlichen Zivilschutzmaßnahmen müßten unzureichend bleiben, wenn der

einzelne Bürger nicht in der Lage ist, sich an seinem Wohnort und an seiner Arbeitsstätte zu schützen.

In einem Rechenschaftsbericht über die bisherige Arbeit des Bundesverbandes für den Selbstschutz in Ludwigshafen, der größten Stadt des Landes Rheinland-Pfalz, betonte Werner Schnur, wie schwer die Aufbauarbeit war. Noch vor wenigen Jahren habe der Gedanke des Zivilschutzes nur allgemeine Ablehnung gefunden. Dies sei vielfach aus Unkenntnis über den Aufgabenbereich geschehen, außerdem wollte man aber auch in dieser – im letzten Krieg zu 86% zerstörten – Stadt einfach nichts mehr von diesen Dingen hören.

Wenn heute über den Zivilschutz nicht mehr abwertend geurteilt würde, so sei dies vor allem auf die systematisch betriebene Aufklärungs- und Ausbildungsarbeit des BVS zurückzuführen. Seit 1954 habe der Bundesverband für den Selbstschutz in Ludwigshafen 4100 Personen in 164 Grundausbildungen und weitere 2560 Personen in 128 Fachlehrgängen geschult. Darüber hinaus seien 11 100 Bürger dieser Stadt in insgesamt 370 fachlichen Unterweisungen über Sinn und Zweck des Selbstschutzes informiert worden. 72 dieser fachlichen Unterweisungen fielen allein in das Jahr 1968. Von insgesamt 55 Erste-Hilfe-Lehrgängen mit 12 000 Teilnehmern wurden im vergangenen Jahr fünf abgehalten. Außerdem waren 1968 42 Übungen der Selbstschutzzüge und Arbeitsgemeinschaften angesetzt.

Als ein weiteres wichtiges Informationsmittel – neben den auf Bundesebene gesteuerten Publikationen – nannte Dienststellenleiter Schnur die Filme über den Selbstschutz, die im letzten Jahr 350- bis 400mal in den Ludwigshafener Berufs-, Fach- und Oberschulen, bei Abendveranstaltungen, Ausstellungen und Messen gezeigt wurden.

Aus diesem Grunde werde auch im ersten Halbjahr 1969 eine Information auf breiter Basis betrieben. So sei eine Werbekampagne mit Hilfe des Filmwagens geplant, der Einsatz der fahrbaren Ausbildungsstelle in der Berufsschule Maxstraße und die Ausbildung weiterer Helfer in Stadt und Land, ebenfalls durch die fahrbare Schule Rheinland-Pfalz. Schließlich sei das bisher Erreichte nur als ein Anfang zu werten, denn weder die bisher vorhandenen acht Selbstschutzzüge

reichten im Ernstfall aus noch die bisherige Zahl der Helfer mit etwas über 430.

Zum Thema Finanzen gab Landesstellenleiter Freiherr von Leoprechting noch einige Erläuterungen. Bis zum Jahre 1972 ständen jährlich nur noch 432,4 Millionen DM für den Selbstschutz zur Verfügung, während es 1962 noch 786 Millionen DM waren. Dies begrenze von vornherein jede Bewegungsfähigkeit, da allein 85% dieser Summe für die Erhaltung des bisher auf diesem Gebiet Geschaffenen verwandt werden müßten. Es sei daher dringend erforderlich, an die Einsicht eines jeden Bürgers zu appellieren, private Maßnahmen zu ergreifen, um sich im Ernstfall selbst helfen zu können.

J. M.-K.

■ Fachbearbeiter VI in Birkenfeld

In Rheinland-Pfalz kommen die BVS-Fachbearbeiter für Öffentlichkeitsarbeit in regelmäßigem Turnus zusammen. Das erste diesjährige Treffen trug eine besondere Note, die sich rein äußerlich in der Wahl des Tagungsortes – der neuen Landesschule Birkenfeld – ausdrückte. Als Tagungsthema stand die Schwergewichtsverlagerung der Aufgaben des Verbandes durch das Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes auf dem Programm.

Um in den Dienststellen auf breiter Basis die Öffentlichkeitsarbeit in Gang zu setzen, sollten besondere Gruppen auf der Birkenfelder Tagung des Fachgebiets VI Vorarbeit leisten. Sie befaßten sich mit der Aktivierung des Pressewesens auf lokaler Ebene, vom Kontaktbesuch bei der örtlichen Redaktion bis zur Pressekonferenz anläßlich einer Großveranstaltung, mit der sorgfältigen Übermittlung von Nachrichten aus dem Bereich der Zivilverteidigung und dem Selbstschutz sowie mit der Berichterstattung in Wort und Bild aus diesem Bereich. Sie zeigten im Detail die Umstellung der Aufgaben der Dienststellenleiter auf, die sicher für manchen langjährigen Helfer des Verbandes mit gediegenem Ausbildungsfachwissen zunächst nicht leicht sein wird.

Nicht jeder ist von Haus aus Kontaktmensch, nicht jeder ein sich frei und sicher gebender Gesprächspartner, namentlich gegenüber Personen im öffentlichen Leben, auf deren Unterstützung wir weitgehend ange-

wiesen sind. Öffentlichkeitsarbeit setzt auch schriftliches Formulierungsvermögen voraus, damit Artikel auch gelesen werden und „ankommen“. Die Vereine und Verbände draußen im Lande müssen ständig besucht werden; eine Aufgabe für die oft noch mit ihrem Können und Wissen brachliegenden Sprecher und Redner – und in Zukunft auch der Berater. Filme, Tonbildschauen, Bücher und Broschüren leisten ihnen hierbei wesentliche Hilfe.

Großstadterfolge der Öffentlichkeitsarbeit, wie sie auch Rheinland-Pfalz in letzter Zeit zu verzeichnen hatte, waren weiterer Gegenstand im Erfahrungsaustausch der Teilnehmer des Birkenfelder Treffens.

Angesichts der immer noch akuten Bedrohung der freien Welt muß gegenüber der Bevölkerung eine deutliche Sprache gesprochen werden, auch im Hinblick auf das Erfordernis der Gesamtverteidigung unseres Volkes. Um diesem dringenden Bedarf in der Praxis gerecht werden zu können, wurden die Teilnehmer der Arbeitstagung durch umfassende Referate von Experten informiert.

Dr. Fl.

nen, die sich mit den BVS-Vertretern in Ascheberg zu reger Aussprache zusammenfinden.

Um die Jahreswende standen das 5. und 6. Gespräch unter dem Leitthema „Der Selbstschutz gestern, heute und morgen“. Legte Referent Hoffschild (Köln) in einem durch eindrucksvolles Bild- und Zahlenmaterial ergänzten Vortrag „Erfahrungen mit dem Selbstschutz im 2. Weltkrieg“ dar, so befaßten sich Abteilungsleiter Hanke (Köln) und der Leiter des Zivilschutzamtes Schleswig-Holstein, Major i. G. a. D. Harth, mit dem „Selbstschutz im erweiterten Katastrophenschutz“. Der langjährige BVS-Dienststellenleiter Freise (Neumünster) erörterte eingehend „Das Führungs- und Betreuungsproblem im Selbstschutz“.

Besonders die beiden letzten Referate führten zu dem aus der derzeitigen Rechtslage resultierenden Fragenkomplex: Selbstschutz ja – aber wie? – Reglementieren? – Organisieren? – Improvisieren? Harth stellte klar heraus, daß Aufbau und Förderung des Selbstschutzes eindeutig den Gemeinden obliegen und daß es nur darauf ankomme, ihn in den erweiterten Katastrophenschutz einzuordnen, Zuständigkeiten im einzelnen klar zu regeln und die Führungs- und Betreuungsprobleme in den rund 600 000 Wohneinheiten Schleswig-Holsteins zu lösen, für die Freise je 1000 Einwohner 15 Selbstschutzkräfte forderte. Beide Redner nahmen Stellung zu den wichtigsten Vorschriften des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes sowie zu dem Bericht der Bundesregierung über das Konzept der zivilen Verteidigung und das Programm für die Zeit bis 1972 (vgl. ZB, Sonderausgabe Februar 1969).

In der anschließenden lebhaften – wie immer von Dr. Heyck geschickt geleiteten – Aussprache wurde von den zahlreich erschienenen Hauptverwaltungsbeamten der Kreise und kreisfreien Städte sowie den Zivilschutzbeauftragten von Ministerien, Bundeswehr und Post das Bestreben des Bundes anerkannt, durch Bereitstellung entsprechender Mittel das Schutzbauprogramm mit 180 000 Schutzplätzen pro Jahr anlaufen zu lassen. Unter Hinweis auf die seit Inkrafttreten des Gesetzes bereits verstrichene Zeit wurde nachdrücklich auf die Notwendigkeit von Ausführungsbestimmungen hingewiesen. Improvisieren führe im

einzelnen Katastrophenfall vielleicht einmal zum Erfolg; die Probleme der Führung und Betreuung der auf der Basis der Freiwilligkeit zu gewinnenden und zu haltenden Helfer verlange jedoch eine rationelle Organisation. Nur so sei es für die Verantwortungsträger der Gemeinden möglich, die freiwillige Initiative der Bürger, die Ausbildung und den Zusammenhalt der Selbstschutzkräfte und damit eine wirkungsvoll unterstützende Mitarbeit des Bundesverbandes für den Selbstschutz sicherzustellen.

Hamburg

■ BVS im Katastrophenschutz

Am 16./17. Februar dieses Jahres überfiel uns der Winter mit einer Härte, die für unser Gebiet ungewöhnlich ist. Ungeahnte Schneemassen fielen auf den norddeutschen Raum, und vor allem Hamburg mit seinen Außenbezirken erstickte förmlich unter einer meterhohen Schneedecke. Die starken Schneeverwehungen ließen schließlich den Verkehr fast zusammenbrechen. Auch der Flugverkehr mußte eingestellt werden. Ungezählte abgestellte Fahrzeuge waren nur noch als Schneehügel zu erkennen, und die Benutzung der PKWs war fast unmöglich geworden.

Die Bundesbahn und der Hamburger Verkehrsverbund standen vor einer kaum löslichen Aufgabe, denn immer mehr Straßen und Schienen wurden unpassierbar. Es mußten umgehend Maßnahmen ergriffen werden, um über das drohende Chaos Herr zu werden. So wurden über UKW zunächst alle Mitarbeiter der Bundesbahn und des Hamburger Verkehrsverbundes aufgerufen, Schienenwege und Weichen freizumachen, um noch rechtzeitig der Hochbahn „Grünes Licht“ geben zu können; denn der Ansturm aller Berufstätigen am Montagmorgen auf die zunächst einsatzfähigen Verkehrsmittel würde gewaltig sein. Es mußte aber auch Sorge dafür getragen werden, daß die Busse und Straßenbahnen fahren konnten; also waren die Hauptverkehrswege zu räumen.

Und immer noch schneite es! Obwohl Stadtreinigung, Polizei und Feuerwehr ununterbrochen im Einsatz waren, galt es, Hilfskräfte heranzuziehen, die diese Männer im Kampf gegen den Schnee tatkräftig unterstützen konnten.

Der Leiter des Amtes für Katastrophenschutz und Zivile Verteidigung, Ltd. Reg.-Dir. Eilers,

setzte sich gegen 18 Uhr mit dem Landesstellenleiter des Bundesverbandes für den Selbstschutz, Müller, fernmündlich in Verbindung und bat um einen Einsatz der freiwilligen BVS-Helfer zur Schneeräumung ab 22 Uhr.

Omnibusse brachten die auf den Sammelstellen eingetroffenen 375 BVS-Helfer, eingekleidet und mit Schaufeln versehen, an bereits festgelegte Einsatzorte. Vorrangig wurden Bushaltestellen, Krankenhäuser, Altersheime und die wichtigsten Fußgängerüberwege vom Schnee geräumt. Der erste Einsatz war am Montagmorgen gegen 4 Uhr beendet.

Die Schneefälle ließen nicht nach. Die Behörde für Inneres sah sich wiederum gezwungen, einen erneuten Einsatz der freiwilligen BVS-Helfer für Dienstagmorgen vorzusehen. Diesmal waren 275 BVS-Helfer dem Aufruf gefolgt und von 5 Uhr bis gegen 11 Uhr bei der Schneeräumung eingesetzt.

Obwohl die Umstände bei diesem Schnee-Einsatz ganz andere waren als bei Katastropheneinsätzen wegen Hochwassergefahr, haben alle freiwilligen BVS-Helfer wieder einmal bewiesen, daß sie jederzeit bereit sind – ganz gleich, welcher Art die Katastropheneinsätze sind – dem Ruf zur Hilfeleistung zu folgen.

Ihre Bereitschaft fand eine Resonanz in vielen positiven Pressenotizen.

Innensenator Ruhnau hat in einem Fernschreiben den freiwilligen BVS-Helfern für ihren Einsatz im Namen des Senats seinen Dank ausgesprochen.

Bayern

■ Jetzt steuerfrei

Als im vergangenen Jahr ein Wohnhaus in der Innenstadt Münchens durch eine Explosion zerstört wurde, leisteten Polizeihunde, die durch den Bundesverband für den Selbstschutz ausgebildet worden waren, wertvolle Dienste bei der Suche nach möglicherweise verschütteten Hausbewohnern. Diese Bewährungsprobe trug sicher wesentlich dazu bei, daß der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München durch ein Schreiben vom 3. Februar 1969 mitteilte, die im Münchener Katastrophenschutz geführten Rettungshunde des Selbstschutzes seien im Jahre 1969 von der Hundesteuer befreit. Wie Oberbürgermeister Hans Jochen Vogel dazu erklärte, will die Landeshauptstadt dadurch den Rettungshundefüh-

Schleswig-Holstein

■ Verleihung des Großen Verdienstkreuzes mit Stern an Innenminister Dr. Schlegelberger

Innenminister Dr. Schlegelberger wurde vom Bundespräsidenten durch die Verleihung des Großen Verdienstkreuzes mit Stern ausgezeichnet.

Landesstellenleiter Dr. Lennartz hat im Namen der Dienststellen und der Helfer des Bundesverbandes für den Selbstschutz in Schleswig-Holstein die besten Glückwünsche zu der Verleihung ausgesprochen. Er verband diese Gratulation mit dem Dank des Verbandes für die nachhaltige Förderung des Selbstschutzes im Lande durch den Innenminister und die Herren, die im Innenministerium mit der Zivilschutzaufgabe betraut sind.

■ 5. und 6. Ascheberger Gespräch

Die „Ascheberger Gespräche“ gewinnen für die Öffentlichkeitsarbeit des Bundesverbandes für den Selbstschutz ständig an Bedeutung. Immer größer wird der Kreis maßgebender Persönlichkeiten der Bundeswehr, der Bundes-, Landes- und Kommunalbehörden sowie befreundeter Hilfsorganisatio-

ren für ihre persönliche Einsatzbereitschaft und für die im Interesse der Bürger dieser Stadt freiwillig geleistete Arbeit danken. Das Stadtoberhaupt sprach gleichzeitig dem Bundesverband für den Selbstschutz – als der Organisation, der die Ausbildung von Rettungshunden obliegt – seine Anerkennung aus und wünschte für die Zukunft viel Erfolg.

Dr. R. G.

■ Beispiel macht Schule

In der Januar-Ausgabe der ZB 1969 konnten wir an dieser Stelle berichten, daß in den Münchener Volksschulen Schüler und Schülerinnen der 7. und 8. Klasse durch Kräfte der BVS-Dienststelle der Landeshauptstadt München im Brandschutz ausgebildet werden. Diese Aktion erweist sich von Tag zu Tag immer mehr als ein großer Erfolg und hat auch nach außen als Beispiel gewirkt. So werden nun auch in Aschaffenburg Schüler und Schülerinnen eine Brandschutzausbildung erhalten.

In München wurden im Monat Februar 19 Volksschulen durch diese Aktion erfaßt. Landesstellenleiter Dr. Walberer konnte sich in einer Schule persönlich davon überzeugen, wie gut die Ausbildungsarbeit des BVS von den Volksschülern aufgenommen wird. 200 Schüler und Schülerinnen nahmen in Anwesenheit des Landesstellenleiters an der Brandschutzausbildung teil.

Dr. R. G.

Baden-Württemberg

■ BVS in den Gemeinden

Im ländlichen Raum steht und fällt die Verbreitung des Schutzgedankens mit der Zusammenarbeit zwischen Bürgermeister und BVS. Dies ist keinesfalls etwas Neues, nur sind die Wege in die Gemeinden sehr unterschiedlich.

Der gute Kontakt zu den Rathäusern im Lande Baden-Württemberg gründet sich in vielen Fällen auf die 116 bisher durchgeführten Informationstagungen für Bürgermeister aus Gemeinden mit weniger als 5000 Einwohnern. 3040 Bürgermeister oder deren Vertreter aus den Gemeinden dieser Größenordnung sind über den Selbstschutz und die Aufgabenstellung des Hauptverwaltungsbeamten als örtlichen Zivilschutzleiter orientiert worden. Um ihnen allen die Leistungsmöglichkeiten, aber auch die Leistungsgrenzen des BVS aufzuzeigen, hat die Landesstelle jeder Gemeinde den Leistungs-

bericht 1968 über die Sprengelversammlung bzw. die Landratsämter zukommen lassen. Aus dem Bericht ist zu ersehen, daß im vergangenen Jahr in 5078 BVS-Veranstaltungen 138 190 Bürger unseres Landes über Fragen des Selbstschutzes informiert worden sind und 53 940 Personen an einer 10stündigen Ausbildung freiwillig teilgenommen haben.

In einem persönlich gehaltenen Schreiben wird den Bürgermeistern nochmals der gesetzliche Auftrag vergegenwärtigt und ihnen zugesagt, daß der BVS mit seinen Einrichtungen auf Anforderung jeder Gemeinde zur Verfügung steht. Weiterhin wird angeboten, die Schutzbemühungen der Gemeinden durch Aufklärung und Unterweisung jederzeit zu unterstützen.

■ Bürgermeister urteilen

3060 Bürgermeister aus Orten mit weniger als 5000 Einwohnern des Landes Baden-Württemberg haben bereits an BVS-Informationstagungen teilgenommen. Nach jeder Tagung werden die Teilnehmer gebeten, ihre Eindrücke über die Tagung auf einem kurzgefaßten Fragebogen niederzuschreiben. Schon bei der Beantwortung der ersten Frage scheiden sich häufig die Geister: „Hat Ihnen die Art der Durchführung der Tagung gefallen – welche Anregungen können Sie geben?“ Neben dem einfach hingestellten „Ja“ – die bei weitem überwiegende Antwort – kommen merkwürdige Beurteilungen vor; z. B.: „Recht gute allgemeine Unterhaltung“ oder „Zusätzlich zwei Urlaubstage“ oder „Zweck der Tagung war mir nicht klar. Soll die Tagung die Bürgermeister mit ihren Aufgaben als Zivilschutzleiter vertraut machen oder soll er künftig als ‚Werbeleiter‘ fungieren?“

Diesen Meinungen steht neben dem kurzen „Ja“ auch die Antwort gegenüber: „Ja, hat mir sehr gut gefallen. Diese Tagungen sollten in Abständen (von vielleicht drei Jahren) wiederholt werden.“

Recht anspruchsvoll scheint ein Bürgermeister aus einer Gemeinde mit etwa 1000 Einwohnern zu sein, wenn er schreibt: „Für Bürgermeister nicht repräsentativ genug.“ Wie unterschiedlich doch die Auffassung über die Verwendung von Steuergeldern ist!

Eines ist auffallend. Auf die Frage: „Halten Sie eine Aufklärungsveranstaltung in Ihrer Gemeinde für erwünscht und

möglich?“ wußten vier nur eine Antwort: „Nein.“

Aus dieser Analyse von zwei Informationstagungen wird die ganze Problematik der Erfüllung des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes ersichtlich. Der eine Hauptverwaltungsbeamte hat bereits begriffen, warum es geht, ein anderer wird es trotz Information, Tagung usw. nie begreifen – weil er nicht will. Auch dieses „Nichtwollen“ bedarf einer Erläuterung.

Bei den während der Tagung geführten Gesprächen mit den einzelnen Bürgermeistern schälten sich zwei Komplexe heraus.

Der erste könnte – der Einfachheit halber – als Bequemlichkeit bezeichnet werden. Bequemlichkeit insofern, als es sich bei den im Selbstschutz anstehenden Fragen um Dinge handelt, die an den Verwaltungsschulen nicht gelehrt werden, die neu erarbeitet werden müssen, die man genau durchdenken muß, die außerdem nicht so populär sind, daß bei ihrer Durchführung (Aufklä-

rungsveranstaltungen und Selbstschutz-Grundausbildungen) die Beliebtheit des Bürgermeisters in der Gemeinde steigt. Es sind nur ganz wenige Bürgermeister, die so denken, vor allem jüngere, zum erstenmal gewählte, noch etwas unerfahrene Beamte. Der zweite Komplex, der zu einer negativen Haltung in den Fragen des Zivilschutzes führt, ist der: Da so wenig für die gesamte Zivilverteidigung getan wird, ist es besser, überhaupt nichts zu tun. Dadurch werden Schwierigkeiten in der Gemeinde am besten vermieden, man braucht nicht die Befürchtung zu haben, unpopulär zu werden.

Obwohl diese negativ eingestellten Herren weitaus in der Minderheit sind, gilt es, mit besseren Argumenten bei ihnen eine positivere Einstellung zu erreichen.

Fazit: Gesetze, gleich welcher Art, können die Menschen nicht ändern, das kann nur das Gespräch, durch das der größte Feind des Selbstschutzgedankens – die Unkenntnis – überwunden werden kann. KW.

■ Vom Büro in die Schule

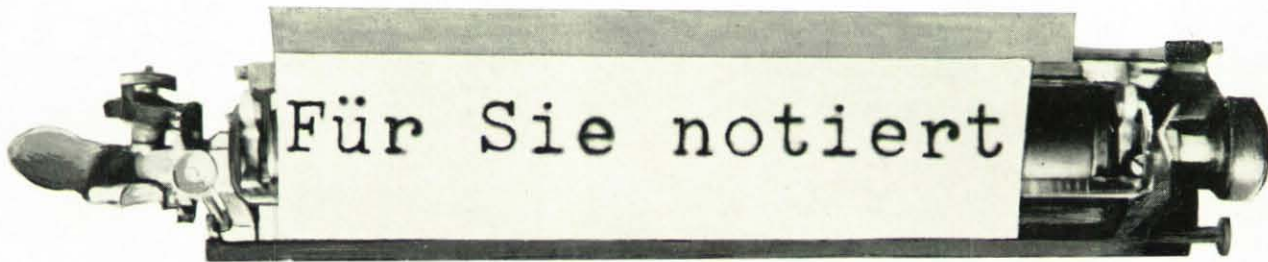
Mit einer Verfügung fing es an. Der „Betreff“ lautete: Fachliche Unterrichtung der Angehörigen der Bundeshauptstelle. Ihr folgten Ende vergangenen Jahres ein Vortrag von Referent Dr. Schneider über die Öffentlichkeitsarbeit des BVS und eine Information über die Ausbildungsarbeit des BVS von Referent W. Hoffschild.

Und jetzt ging es zur Praxis. Seit Monaten waren fast alle Bediensteten – besonders diejenigen der Fachreferate – in irgendeiner Form an der Realisierung der neuen Selbstschutz-Grundausbildung beteiligt. Da lag der Gedanke nahe, nach Fertigstellung der neuen Konzeption die Bediensteten selbst an einer neuen Selbstschutz-Grundausbildung teilnehmen zu lassen. Hierfür wurde die Bundesschule als Tagungsort gewählt. Organisatorisch löste die Geschäftsleitung diesen Plan, indem alle Angehörigen der Bundeshauptstelle in zwei Gruppen je einen Tag nach Waldbröl fuhren. Ein Omnibus brachte die Teilnehmer zur Bundesschule, wo sie nach der Begrüßung durch den Schulleiter Oberst a. D. Meyer mit einer kurzen Einführung in die Aufgaben der Bundesschule den 1. Teil der Selbstschutz-Grundausbildung erlebten. Für diejenigen, die noch nicht lange in unserem Verband arbeiten und sich dienstlich vorwiegend mit verwaltungstechnischen Aufgaben befassen, gab es sicher viel Neues zu sehen und zu hören, während der Kurzlehrgang für die Angehörigen der Fachreferate eine interessante Demonstration bedeutete, wie die Selbstschutz-Grundausbildung ab 1. März 1969 der Bevölkerung vermittelt wird. Im Anschluß an die Brandschutzausbildung konnten sich auf dem kleinen Übungsplatz der Bundesschule die Teilnehmer an der Einstellspritze versuchen und einen kleinen, aber hell lodernen Brand löschen oder selbsttätig an einem brennenden Mann (Puppe) mit Hilfe einer Decke die Flammen ersticken; wobei es nicht an guten Ratschlägen aus den Reihen der „Zuschauer“ mangelte. In der Mittagspause war Gelegenheit gegeben, das Gelände der Bundesschule mit den Schutzräumen zu besichtigen.

Um 16 Uhr stand der Omnibus bereit, um die Teilnehmer wieder nach Köln zurückzubringen.

Wie von zuständiger Stelle versichert wird, soll im Hause der Bundeshauptstelle auch noch der 2. Teil der Selbstschutz-Grundausbildung „Lebensrettende Sofortmaßnahmen“ für alle dort arbeitenden Bediensteten erfolgen.

E. H.



Konzentrierter Angriff

Deutlich fahren heißt die Verkehrs-sicherheitsaktion, die zur Zeit vom Kuratorium „Wir und die Straße“ im Auftrag des Bundesverkehrsministeriums gemeinsam mit allen privaten Verbänden und zuständigen Behörden sowie federführend mit der Deutschen Verkehrswacht erstmalig im gesamten Bundesgebiet durchgeführt wird.

Das Anliegen der Aktion ist klar: Sehr viele Unfälle entstehen dadurch, daß ein Verkehrspartner die Absicht des anderen mißversteht, daß er nicht rechtzeitig und deutlich genug erkennt, was der andere vorhat. Sie will deshalb alle Verkehrsteilnehmer einschließlich der Fußgänger zu einem deutlichen Verhalten im Verkehr, zum unmißverständlichen klaren Anzeigen der Bewegungsabsichten auffordern. Nur so wird es möglich sein, den Verkehrsablauf gefahrloser und flüssiger zu gestalten.

Notsignale für Aufzüge

Sicherheit in Aufzügen bei Stromausfall bieten die Notsignal- und Lichtanlagen eines westdeutschen Unternehmens. Bei mechanischen oder elektrischen Störungen, vor allem bei totalem Stromausfall, ermöglichen sie die Abgabe akustischer oder optischer Notsignale an eine Zentrale. Zugleich schaltet sich im Fahrstuhlkorb automatisch eine Panikleuchte ein. Diese Anlagen können ohne größeren Aufwand – auch nachträglich – installiert und für eine unbegrenzte Anzahl von Fahrstühlen, selbst für große Hochhauskomplexe, ausgelegt werden. Ihre vollelektronische Arbeitsweise gewährleistet ein Maximum an Sicherheit und wartungsfreier Lebensdauer. wfj

Nichtentflammbar

Um ein neues Material hat eine britische Firma ihre Reihe an industriellen nichtentflammbaren Wollmaterialien erweitert, die für die verschiedensten Schutzkleidungen verwendet werden. Im Gegensatz zu den bisherigen gewebten Materialien ist die neue Sorte gewirkt; sie ist bestimmt zur Herstellung nichtentflammbarer Unterwäsche, Ärmel, Hemden usw. Die aus dem neuen Material hergestellte Kleidung eignet sich für Personal, das bei hohen Umgebungstemperaturen arbeitet und infolgedessen die Neigung hat, bei warmer Witterung die Oberkleidung abzulegen. Das Material verliert seine Flammbeständigkeit auch nicht nach wiederholter Wäsche. wfj

Fliegenfrei durch Imprägnierung

Westdeutsche Wissenschaftler haben ein neues Spezialmittel zur Bekämpfung von Fliegen, Mücken, Moten usw. entwickelt, das die Schädlinge nicht nur sofort vernichtet, sondern auch bis zu vier Monaten gut wirksam bleibt. Das neue Mittel ist ein länglicher Kunststoffstreifen, der mit Hilfe eines neuartigen Verfahrens mit einem leicht flüchtigen organischen Phosphorsäureester-Insektizid imprägniert wird. Die Streifen sind von einem Plastikköcher umschlossen und sofort aufhängebereit. Die besonderen Vorteile des Mittels liegen in seiner außergewöhnlich langen Wirkdauer sowie darin, daß die Insekten nicht mit dem Streifen in Berührung zu kommen brauchen. Die Wirkstoffmengen sind so genau bemessen, daß sie nur die Schädlinge treffen, nicht aber die Gesundheit von Mensch und Haustier beeinträchtigen. wfj

Neuartige Schwimmweste

Eine neuartige Schwimmweste aus Kapok bietet dem Nichtschwimmer ein Maximum an Sicherheit, denn er wird innerhalb von fünf Sekunden nach dem Eintauchen ins Wasser in eine sichere Rückenlage gedreht; dem Schwimmer läßt die Weste genügend Bewegungsfreiheit. Die wie eine Jacke zu tragende Schwimmweste hat vorne zwei senkrechte Antriebspolster und hinten zwei waagerechte, von denen das obere als Kopfstütze dient. Der Träger kann damit ohne jede Behinderung rudern oder schwimmen. Muß der Träger aus größerer Höhe ins Wasser springen, werden die Antriebspolster nicht unter das Kinn gedrückt, wodurch Verletzungen vermieden werden. Der Mund ist stets ein Stück vom Wasserspiegel entfernt, und der Körper wird in einem Winkel von 45 Grad gehalten. wfj

Für keimfreies Wasser

Nach einer Meldung des populärwissenschaftlichen Pressedienstes Wissen für Jedermann, Karlsruhe, wurden in England Spülmitteltabletten entwickelt, von denen eine einzige 270 Liter Wasser mit einem Bakterizid anreichert, das ebenso wirksam wie Hyperchlorid sein soll und 99,9 Prozent aller Keime abtötet. Die Tablette wird in einen Verteiler aus Kunststoff eingelegt, der über dem Wasserhahn angebracht ist. Durchlaufendes Wasser löst von der Tablette jeweils so viel ab, daß sich eine Mischung der richtigen Spülmittel und Sterilisationskonzentration ergibt. So behandeltes Geschirr soll 24 Stunden keimfrei bleiben. Ferner soll die Lösung im Gegensatz zu Hyperchlorid die Hände nicht angreifen.



Links: Die Angehörigen der im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen stehen dem Hauptverwaltungsbeamten ihrer Gemeinde beim Aufbau des Selbstschutzes der Bevölkerung und ihrer Ausbildung beratend zur Seite. Unten: Die Fahrbaren Schulen der BVS-Landesstellen führen u. a. in einem Anhänger eine komplette Tragkraftspritze TS 2/5 mit. Ganz unten: Die Ausstellung der Fahrbaren Informations- und Beratungsstelle Süd steht unter dem Thema „Das Gesetz zu Deinem Schutz“.

